

Die Reden zum Haushaltsplanentwurf 2018

CDU-Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Klenk, sehr geehrte Frau Noller und Herr Dr. Kalbfell, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, sehr geehrte Bürger und Pressevertreter, der vorliegende Haushaltsplan 2018 zeigt, dass sich die Lage positiv entwickelt und unser Oberbürgermeister den Haushalt fest im Griff hat.

Die Liquidität konnte verbessert werden. Wir können investieren, ohne die Liquidität aufzubrechen. Die stetig steigenden Steuereinnahmen haben dazu geführt, dass der Planansatz für die Gewerbesteuer noch einmal erheblich erhöht wurde. Aktuell geht die Verwaltung von 46 Mio Euro Gewerbesteuererinnahmen aus. Der Ergebnishaushalt schließt mit einem positiven Ergebnis ab. Das ist eine gute Basis, die es uns erlaubt zu investieren ohne unsere Prinzipien zur Haushaltskonsolidierung aufzugeben.

Für die CDU Fraktion war die Entscheidung zur Gewerbesteuererhöhung damit verknüpft, dass Investitionen für die Wirtschaft getätigt werden. Vor diesem Hintergrund haben wir ganz gezielt Anträge zum Infrastrukturausbau und zur Personalgewinnung vorbereitet.

Dem bleibenden Bedarf nach bezahlbaren Wohnungen und Gewerbeflächen kommen wir nach, indem wir weiterhin konsequent das Baulandentwicklungskonzept unterstützen und die Forderung nach neuen Wohngebieten und Gewerbeflächen aufrechterhalten. Hier weisen wir auch auf einzelne erfolgreiche Maßnahmen zur Innennachverdichtung hin, die wir mitgetragen haben um dem hohen Siedlungsdruck entgegen zu wirken.

Den Bürgern unserer Stadt kommen wir dem Wunsch nach, die Heimatverbundenheit und die unterschiedlichen Ortskerne zu stärken, um dadurch die Identität mit Leinfelden-Echterdingen zu festigen.

Für Maßnahmen die wir umsetzen wollen und für Veränderungen die wir herbeiführen müssen, um uns im Wettbewerb der Städte durchzusetzen, brauchen wir neue Rahmenbedingungen.

Die Stadt attraktiv und zukunftsfähig auszurichten ohne dabei die Wurzel der Heimatverbundenheit zu vergessen, ist das Ziel.

In meiner letzten Haushaltsrede hat die Unterbringung von Flüchtlingen insbesondere die Anschlussunterbringung noch eine wichtige Rolle gespielt. Es ging um Neubau und Investitionen in zweistelliger Millionenhöhe. Unsere Forderung war die Durchmischung, so dass die Neubauten für alle sozialschwachen Menschen in unserer Stadt zur Verfügung stehen. Das hatten wir beantragt und die Verwaltung hat unseren Antrag umgesetzt, mit Erfolg.

Wir – die CDU Fraktion - fühlen uns in unserem Engagement für alle Hilfsbedürftigen und sozialschwache Bürger in unserer Stadt

bestärkt, denn viele Gespräche mit Bürgerinnen und Bürger bestätigen uns, das wir richtig gehandelt haben.

Bundesweit ist jedoch die Kritik der Bürgerschaft geblieben. Die Bürger haben sich aber nicht mehr öffentlich geäußert, Ihr Zeichen haben sie bei der Bundestagswahl gesetzt. Anders in LE. Die Wählerinnen und Wähler haben unser Engagement verstanden und am 24.9.17 honoriert. Entgegen dem bundesweiten Trend ist die AFD in LE unter 10% geblieben.

Die Unterbringung der Flüchtlinge ist mittlerweile nicht mehr das Hauptproblem. Wichtig ist jetzt die Integration und dass „in Arbeit bringen“ der Menschen – oder einfach gesagt: die Integration in Arbeit.

Wir, die CDU Fraktion möchten hierzu einen weiteren wichtigen Beitrag leisten und wir wollen dafür die Rahmenbedingungen setzen.

Deshalb fordert die CDU, das gezielt Arbeitsprojekte initiiert werden und die eingetragenen, vorhandenen Personalressourcen (zur Betreuung und Integration) gebündelt werden, mit der klaren Vorgabe „Arbeit zur Integration“ für Flüchtlinge und Asylsuchende in unserer Stadt zu generieren.

Integrationsmanager, Ehrenamtskoordinatoren, Wirtschaftsförderung. Alle können ihre Personalressourcen gezielt für die „Arbeit zur Integration“ einsetzen

In Vorbereitung auf den Deutschen Arbeitsmarkt halten wir es für notwendig, zeitlich befristete Kommunale Arbeitsprojekte zu initiieren, in denen die Menschen nicht nur auf den künftigen Arbeitsalltag vorbereitet werden, sondern auch Struktur und Kultur des Landes kennenlernen, in dem sie Asyl beantragt haben und einmal leben wollen. Beschäftigungsprojekte für Flüchtlinge bieten Flüchtlingen die Chance und die Möglichkeit sich mit Ihren jeweiligen Stärken für den Arbeitsmarkt zu qualifizieren und helfen Menschen zugleich Struktur und Rhythmus in ihr Alltagsleben zu bringen.

Unsere politische Zielsetzung ist „die Arbeit zur Integration“, denn sie erfüllt viele Aspekte.

Arbeit und Integration kann und ist hilfreich für ein gutes Miteinander, um die Sprache zu lernen

um die Kultur kennenzulernen, und Arbeit leistet auch einen Beitrag zum Sozialsystem und wirkt dem akuten Personalmangel entgegen, wie z.B. in der Dienstleistungsbranche, dem Handwerk, dem Hotel- und Gastronomiegewerbe. In vielen Gesprächen mit der Wirtschaft und dem Handwerk hat man mir versichert, dass nicht der Gewerbesteuerhebesatz das Hauptproblem ist, sondern der Personalmangel und der Mangel an Nachwuchskräften.

Kommunale Beschäftigungsprojekte könnten bei den städtischen Eigenbetrieben in sehr vielfältiger Weise eingerichtet werden. Die Filderhalle und die Stadtwerke mit Bauhof bieten hier zahlreiche Arbeitsmög-

lichkeiten, z.B. Serviceleistungen, Grünpflege, Winterdienst. Dies alles sind schnell anzulernende Hilfsarbeiten denen keine Berufsausbildung vorausgehen muss.

Und - die kommunalen Beschäftigungsprojekte haben einen weiteren Vorteil: sie werden vom Bundesarbeitsministerium gefördert. Die Fördergelder sind an eine Teilnehmerquote gebunden. In Anbetracht der Altersstruktur der Flüchtlinge in LE ist dies keine Hürde, um am geförderten Arbeitsprojekt des Bundesarbeitsministeriums teilzunehmen.

Bundesweit stehen Fördermittel in Höhe von 300Mio Euro für Arbeitsgelegenheiten (AGH) bis Ende 2020 bereit.

Die Co-Finanzierung durch die Stadt LE könnte im Haushaltsplan 2018 über folgende Produktgruppen erfolgen.

31 30 00 0000 Hilfe für Flüchtlinge und Aussiedler

31 80 00 0000 Soziale Beratungsleistungen
52 20 06 0000 Vermittlung von Wohnraum
3140 07 0000 Einrichtungen für Flüchtlinge

11 14 10 0000 Bürgerschaftliches Engagement

Es ist mir aber an dieser Stelle wichtig, auf eine ganz wesentliche Prämisse hinzuweisen.

Mit diesen Arbeitsprojekten ist jedoch noch nicht vereinbart, dass ein dauerhafter Aufenthalt in Deutschland gewährleistet werden kann. Aber es ist gesichert, dass Flüchtlinge eine Chance für den Arbeitsmarkt bekommen und zugleich einen Beitrag für das Sozialsystem und unsere Gesellschaft leisten.

Bei einer Anzahl von ca. 500 Flüchtlingen in Vorläufigen Unterkünften (346) sowie Anschlussunterkünften (165, Stand 13.10.2017) könnte jedem Betreuer eine überschaubare Gruppe zugewiesen werden, die er effizient führen und auf den künftigen Arbeitsmarkt vorbereiten kann. Auskunft hierüber kann das Ehrenamt geben, denn dort wurden auf diese Art und Weise Flüchtlinge in Arbeit gebracht.

Zusammengefasst:

1. Arbeitsprojekte definieren
2. Personalkräfte bündeln
3. Personalressourcen effizient und priorisiert einsetzen
4. Überschaubare Projektgruppen bestimmen
5. Erfolge messbar aufzeigen, sogenannte Erfolgskontrolle

Dafür stellt die CDU Fraktion folgende Anträge:

Antrag 1.1

Wir beauftragen die Verwaltung, die Personalressourcen für mind. ein Jahr zu bündeln um Arbeitsprojekte und die Zuführung in sozialpflichtige Arbeitsverhältnisse in die freie Wirtschaft zu organisieren.

Antrag 1.2

Wir beauftragen die Verwaltung, die Zielrichtung bei der Wirtschaftsförderung und

beim Sozialdezernat dahingehend zu verändern, dass die kommunalen Projekte für „Arbeit zur Integration“ höchste Priorität haben.

Verkehr/Lärm/ Umwelt

Es ist unbestritten, dass wir zu viel Verkehr in unserer Stadt haben. Die hohe Anzahl derer, die unsere Gemarkung als „Durchfahrt“ benutzen, hat ein unerträgliches Maß erreicht und ein Radweg ist nicht die Lösung des Verkehrsinfarktes.

Was wir dringend brauchen sind Maßnahmen mit hoher verkehrlicher Wirkung. Und Maßnahmen, die dazu führen, dass der Autoverkehr wieder fließt oder Maßnahmen die Anreiz geben, auf den öffentlichen Verkehr (ÖPNV) umzusteigen.

Und der Radweg leistet auch keinen Beitrag die hochgesteckten Klimaschutzziele aus dem Aktionsplan Klimaschutz 2020 zu erreichen. Wir müssen uns mit den Fragen der E-Mobilität, alternativen Antriebstechnologien und der generellen Verkehrsvermeidung auch in LE auseinandersetzen.

Langwierige Prozesse in Planung und Realisierung sind zu beschleunigen. Die großen strategischen Verkehrsprojekte für unsere Stadt sind zu priorisieren.

Erste Priorität haben Entlastungsstraßen (Verkehrsmittel Auto). Entlastungsstraßen benennen und umsetzen, die nachweislich eine hohen verkehrlichen Wirkung zur Entlastung der Ortskerne haben.

Bei der Realisierung und Planung von Entlastungsstraßen ist LE auf Grund der Lage, zwischen Schönbuch und Stuttgart, auf die Mitarbeit der Nachbarschaft angewiesen.

Nicht zu vergessen ist, dass sich auf unserer Gemarkung auch der Landesflughafen, die Landesmesse und zukünftig der Filderbahnhof befindet. Alle samt werden nicht mit dem Fahrrad erschlossen.

Vor diesem Hintergrund sind wir auf die Entlastung und die Umfahrung Stuttgarts mit dem Nord-Ost-Ring und der Filderauffahrt angewiesen, ansonsten bleiben wir Verkehrsinfarkt gefährdet.

Wenn ich dann höre, das Landesverkehrsminister Herrmann nicht genügend Personal hat, um die dringend notwendigen Maßnahmen zur Verkehrsentslastung zu planen, obwohl die Finanzmittel da sind, fehlt mir schlichtweg der Glaube daran, dass im Verkehrsministerium Entscheidungen auf Grundlage von Fakten und dringenden Notwendigkeiten getroffen werden.

Wichtige Anmerkung zu den Kosten-Nutzen Faktoren. Nord-Ost- Umfahrung und die Filderauffahrt haben den Faktor 4, die Voraussetzung zum Bau liegt schon bei Faktor 1. Ein Kosten-Nutzenfaktor für Radwege liegt mir nicht vor.

Die zweite Priorität gilt dem Ausbau von Schienenverbindungen, und hier ganz konkret die Verlängerung der U5. Hier liegen Planungen und Kostennutzenfaktor vor, es kann mit der Umsetzung begonnen werden. Im Investitionsplan sind 2018 nun 500.000 Euro vorgesehen.

Dritte Priorität haben für die CDU, die Auflösungen neuralgischer Verkehrskno-

tenpunkte. Die bekannten neuralgischen Knotenprojekte innerorts wie z.B. in Unteraichen die Kreuzung Hohenheimer Straße und am Rande der Stadt die Anbindung der Schönbuchgemeinden durch das Siebenmühlental Musberg.

Bestehende Konzepte müssen überprüft und vorgetragene Bürgerideen bewertet und auch integriert werden. (Bürgeridee Kreisverkehr mit ausreichendem Abstand zur Schiene.)

Bei den Teillösungen wie z.B. die Verkehrsentslastung in Unteraichen, findet derzeit weder die alte noch die provisorische Kreuzungslösung „Hohenheimer Straße“ Akzeptanz und wirft erhebliche Zweifel bei uns Stadträten und bei den Bürgern auf.

Keine Denkverbote bei Verkehrsentslastenden notwendigen Maßnahmen.

Verkehr und Verkehrsmittel verursachen Lärm und belasten die Umwelt, auch dieses Thema wird an Bedeutung zunehmen. Wir haben eine Vielzahl von Projekten in unserer Stadt, die einer qualifizierten und kontinuierlichen Betreuung bedürfen, und zwar stärker als das bisher der Fall ist.

Für die Festlegung von Lärmschutzwerten ist der Bund zuständig, an diese Vorgaben halten wir uns in LE. Wir sind jedoch bereit für die Gestaltung von Lärmschutzmaßnahmen finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Insbesondere die grüne Gestaltung, die einen natürlichen, optisch ansprechenden Lärmschutz bietet, haben wir dabei im Blick.

Mit dem Wegfall der allgemeinen Rücklage durch den Systemwechsel auf das NKHR, entfiel auch die Ausweisung des Lärminderungs fonds. Die Mittel sind nun im neuen Haushaltsrecht im Gesamtstand der liquiden Mittel (Entwurf 2018, Seite 497) enthalten. Die CDU Fraktion will hier eindeutig ausgewiesen haben, dass die Mittelbereitstellung zum Lärmschutz berücksichtigt sind.

Eine klare eigenständige Zuweisung des Betrages in Höhe von mind. 5,5Mio Euro. So können wir den Bürgern deutlich machen, dass wir unseren gestalterischen und finanziellen Beitrag zum Lärmschutz leisten.

Alle diese Themen, Mobilität (Verkehr), Lärm und Klimaschutz haben enorm an Bedeutung zugenommen und sie werden auch weiter an Bedeutung gewinnen. Aus unserer Sicht reicht es daher nicht aus, dieses so wichtige Thema in der heutigen Struktur der Verwaltung zu begleiten, geschweige denn voran zu bringen. Der von der Bundesregierung verabschiedete Nationale Aktionsplan Klimaschutz 2020 gibt die Zielsetzung vor.

Deshalb ist es uns wichtig, diese Themen gesammelt und koordiniert bei der Stabsstelle Mobilität anzusiedeln. Projekte müssen dauerhaft koordiniert und priorisiert werden. Die bisherige Besetzung und Ausrichtung der Stabsstelle Mobilität muss deshalb verändert werden. Die thematisch differenzierte, zukunftsgerechte Ausrichtung dieser Stabsstelle ist dringend erforderlich.

Mit Teilzeitkräften die immer wieder von Projekten und Planungsaufträgen abgezogen werden, lösen wir keine Verkehrsprobleme

in einer Dimension wie sie LE erreicht hat.

Antrag 2.1 Neuausrichtung Stabsstelle Mobilität

Die CDU Fraktion beantragt eine Neuausrichtung der Stabsstelle für Mobilität, zur Koordination und zur Beschleunigung von Planungsprozessen und Umsetzungsverfahren. Verkehrsfluss, Verkehrsverlagerung, Umwelt- und Klimaschutz. Ökonomie und Ökologie im Einklang.

Wir beantragen eine Budgetierung von 100.000Euro zur Ausstattung und Neuausrichtung der Stabsstelle Mobilität

Antrag 2.2. Einzelprojekte Straße

Wir beauftragen die Verwaltung Straßenprojekte zu beschleunigen und dafür die Personalressourcen jetzt zu bündeln.

Die Realisierung einer Entlastungsstraße für die Ortskerne. Konkret, die Nordsüdstraße B27alt/Maybachstraße die sogenannte Osttangente muss jetzt umgesetzt werden.

Die Berücksichtigung von Planungsmittel sollen in den Jahren 2019 und 2020 während des Planfeststellungsverfahrens fortgeführt werden. Jeweils in Höhe von 10.000 Euro pro Jahr und im Jahr 2020 sollen die Realisierungsmittel von 2,5Millionen Euro vorgezogen werden.

Antrag 2.3 Einzelprojekte Schiene

Wir beantragen zur Verlängerung der U5 von Markomannenstraße bis Hinterhofstraße eine Planungsrate in Höhe von 50.000 Euro für den nächsten Planungsabschnitt auszuweisen.

Antrag 2.4 Auflösung Verkehrsknotenpunkte

Wir beantragen die Prüfung und Bewertung der eingebrachten Bürgerideen für die Verkehrsentslastung Unteraichen.

Antrag 2.5 Lärmschutz

Wir beantragen die Aus- und Zuweisung aus den allgemeinen Rücklagen für den Lärmfonds in Höhe von 5,5 Mio Euro zur Grünraumgestaltung für den natürliechen Lärmschutz. (Haushaltsplan 2014, Lärmschutzfonds Seite 552.)

Ortskerne stärken, Identität festigen

Wie unsere Stadt aussieht und dass sie auch weiterhin ein ansprechender Aufenthaltsort mit all ihren Facetten bleibt, wollen wir weiterentwickeln und mitbestimmen. Das Stadtmarketing spielt hierbei eine entscheidende Rolle.

Stadtmarketing verfolgt das Ziel, ein positives Image einer Kommune zu erschaffen oder zu festigen. Beim Stadtmarketing betrachtet man die gesamte Stadt wie ein Produkt, es hat klar definierte Ziele.

Heute stelle ich drei Ziele in den Mittelpunkt:

1. Steigerung der Attraktivität der Stadt als Wirtschaftsstandort, Wohn-, Einkaufsort und touristische Destination (Zielort/Ankunftsort)
2. Steigerung der finanziellen Handlungsspielräume der Akteure
3. Steigerung der Identifikation der Bürger mit der Stadt

Zu 1. Mit einer nach außen gerichteten Werbestrategie ist es gelungen, den Wirt-

schaftsstandort, Wohn-, Einkaufsort und die neu entstandene touristische Destination zu etablieren. Diesen Erfolg haben wir insbesondere dem wertvollen Messeauftritt der „Wirtschaftsoase LE“ zu verdanken, der dieses Jahr zum siebten Mal stattfindet. Mit diesen erfolgreichen Messeauftritten haben wir eine Stärkung nach innen und außen erreicht. Es konnten Kundenbindungen gestärkt werden und es konnte Kaufkraftzuwachs von außerhalb für unsere Wirtschaft erzielt werden – einfach ideal. Ein Potential kann nun genutzt werden, dass andere Städte in vergleichbarer Situation verschlafen oder übersehen haben.

Dank an alle Akteure und besonders an die Messehostessen, die als gewinnende und freundliche Botschafterinnen für die Stadt aktiv sind.

Zu 2.

Durch die bisher nach außen gerichtete Werbestrategie auf der Wirtschaftsoase ist es gelungen finanzielle Handlungsspielräume für die Akteure (Messeaussteller) zu verschaffen. Die Aussteller der Wirtschaftsoase haben weit über die Stadtgrenzen hinaus Kunden gewonnen und eine große positive Aufmerksamkeit für unsere Stadt erreicht werden.

Zu 3.

Die Steigerung der Identifikation der Bürger mit unserer Stadt möchten wir noch mehr intensivieren.

Das können wir, weil wir an die Erfolge der nach außen gerichteten Strategie anknüpfen mit einer nach innen gerichteten Strategie. Um an die Erfolgsstrategie anknüpfen zu können, braucht es nun neue Rahmenbedingungen und Arbeitsaufträge für die Verwaltung. – Einen Plan für die nächsten notwendigen Schritte.

Strategiewechsel im Stadtmarketing. Wir als CDU haben den Plan, nächstes Jahr auf den Auftritt der Wirtschaftsoase LE zu verzichten und die dadurch frei gewordenen Mittel in die Richtung zur „Stärkung der Ortskerne“ zu lenken.

Die CDU setzt den Schwerpunkt neu. Um auch den nächsten Schritt erfolgreich zu absolvieren, brauchen wir für unsere Stadt ein aufbauendes Stadtmarketingkonzept.

Wir haben das Vertrauen in das Stadtmarketing Team mit seiner hohen Kompetenz und vor allen Dingen mit seiner Leidenschaft für LE, dass es ein aufbauendes wieder erfolgreiches Konzept erarbeiten kann.

In der AG Öffentlichkeit haben wir schon das eine oder andere beraten, das aus unserer Sicht unbedingt in das neue Konzept gehört. Z.B. ein I-Punkt, der dauerhaft Begegnungen und Informationsangebote möglich macht. Wie bereits im TA angekündigt, erwarten wir bei der Gestaltung der Mobilitätspunkte, dass I-Punkte integriert werden. Mobilität, Information, Aufenthaltsqualität und Treffpunkt soll in der Gestaltung und Nutzung miteinander verbunden werden.

Aber nicht nur in der AG Öffentlichkeit haben wir beraten, sondern wir haben uns mit den Bürgern der Stadt darüber ausgetauscht, wie eine weitere Stärkung der Ortskerne erreicht werden kann.

Den Bürgern ist es wichtig zum einen die regionalen Angebot auf den Märkten zu behalten und zum anderen ist es Ihnen wichtig, Treffpunkte für persönliche Begegnungen zu haben. Für letzteres wünschen sich die Bürger ein ergänzendes Trink- und Essensangebot, verbunden mit Sitzgelegenheiten auf den Märkten.

Den Bürgern ist die Stärkung der Ortskerne wichtig und es ist Ihnen wichtig, dass die Themen der Heimatverbundenheit und der Kultur in unserer Stadt wieder mehr in den Mittelpunkt rücken.

Deshalb wollen wir diese Anregung ebenfalls aufnehmen und ganz konkret das Projekt der Stadtführungen fordern, mit dem Ziel unsere Kultur zu stärken, die Heimatverbundenheit zeigen und die Identifikation mit unserer Stadt auszubauen.

Leinfelden-Echterdingen hat viele Sehenswürdigkeiten, viele Elemente die uns zeigen wie unsere Stadt entstanden ist und was sie ausmacht. Der CDU ist es wichtig Erinnerungen lebendig zu halten. Darum sind wir bereit, finanzielle Mittel für organisierte Stadtrundgänge zur Verfügung zu stellen.

Uns ist es wichtig, Sehenswürdigkeiten wie z.B. den Eiskeller in Echterdingen, die Architektur einzelner Stadtquartiere und deren Entstehung zu erklären, den Skulpturenpfad in unserer Stadt zu zeigen. Die Besonderheiten und der Spannungsbogen von ländlich geprägt bis modern ästhetisch, bieten eine Grundlage für ein hochinteressantes Programm, sowie für kleine und große Stadtführungen.

Zusammenfassend ist es notwendig die finanziellen Mittel neu einzusetzen und Sonderprojekte auszuweisen. Finanzielle Mittel und Sonderprojekte zur Stärkung der Ortskerne, dafür steht die CDU Fraktion.

Im Wettbewerb der Städte ist die Stärkung nach innen und außen von hoher Bedeutung auch oder gerade für eine erfolgreiche Stadt wie Leinfelden-Echterdingen, die Stuttgart als Vorort hat.

Antrag 3.1

Wir beantragen den Verzicht des Messeauftrittes Wirtschaftsoase in 2018. Die dadurch frei werdenden Mittel in Höhe von 189.000Euro wollen wir sichern für ein aufbauendes Konzept, mit der Zielsetzung Ortskernstärkung. Die von außen zusätzlich gewonnene Kaufkraft soll dauerhaft gebunden werden.

Antrag 3.2

Wir beantragen die Einbindung und Erstellung von I-Punkten in das neu zu erstellende Marketingkonzept zur Ortskernstärkung. Informationspunkt, Mobilitätspunkt, Treffpunkt sollen vereint werden.

Antrag 3.3

Wir beantragen als Sonderprojekt, ein ergänzendes Marktangebot zur Stärkung der Ortskerne mit einer Budgetierung von 10.000 Euro.

Antrag 3.4

Wir beantragen als Sonderprojekt „Stadtrundgänge“ mit einer Budgetierung von 10.000Euro. Ziel der Stadtrundgänge soll die Stärkung der Heimatverbundenheit und die Identifikation mit unserer Stadt sein. Die

Ortskerne sollen als Startpunkt der Stadtführungen dienen und somit die Bedeutung der Ortskerne hervorheben.

Zu den Eigenbetrieben Stadtwerke

Die Stadtwerke sind zuständig für den Infrastrukturausbau des Glasfasernetzes in unserer Stadt. Das Glasfasernetz bildet die Voraussetzungen für ein schnelles Internet. Nur mit modernster Technik können wir die Voraussetzung für Digitalisierung vorantreiben und zur Sicherung unseres Qualitätsstandortes Leinfelden-Echterdingen beitragen. Im Haushaltsplan sind Investitionen von ca. 1,6Mio Euro vorgesehen. Für den tatsächlichen Infrastrukturausbau Glasfasernetz verbleiben nur 320.000Euro. Diese Mittel gilt es gezielt und priorisiert einzusetzen.

Leinfelden-Echterdingen arbeitet im Vergleich zu anderen Kommunen bereits seit 5 Jahren aktiv und intensiv an den Vorbereitungen zur Umsetzung der zukunftsnotwendigen Digitalisierung. Rohre verlegen, Kabel ziehen und Anschlüsse bereitstellen. Bei allen notwendigen Tiefbaumaßnahmen werden seit 5 Jahren bereits Leerrohre verlegt, in Gewerbegebieten und neue Wohngebieten. Jede Baumaßnahme bringt zusätzliche Bandbreite.

Bisher haben die Stadtwerke 35,1km Flat Liner Kabel verlegt, davon sind bereits 21,5km belegt und für die Nutzung abgeschlossen. Die Nutzer sind primär Gewerbebetriebe. Diese Priorisierung der Gewerbebetriebe wurde von der CDU immer als klares vorrangiges Ziel benannt und somit sind wir mit der Vorgehensweise der Stadtwerke bisher zufrieden, aber für die Zukunft ist noch mehr Dynamik notwendig und vor allen Dingen will die CDU Fraktion die Priorisierung von Gebieten erweitern.

Die CDU Fraktion fordert eine Erweiterung der priorisierten Gebiete um die Schulorte in unserer Stadt. Die zukünftigen Generationen an den Schulen benötigen dringend die Voraussetzungen für die Umsetzung des Themenfeldes Digitalisierung. Das Amt 40 (Schulen) hat vorsorglich für Breitbandanschlüsse einen Pauschalansatz von 40.000Euro im Haushalt verankert. Weitere Mittel sind im Hochbau vorgesehen. Ob und wieviel Förderung wir für den Breitbandausbau überhaupt bekommen ist nicht geklärt. Der Förderdschungel lässt grüßen. In Anbetracht der Dringlichkeit können wir jedoch nicht auf evtl. Förderzusagen warten. Wir müssen jetzt handeln und Tempo in die Umsetzung bringen.

Glasfaseranschlüsse bis direkt zu allen Unternehmen, Schulen und Bürgern sind bald so wichtig wie ein Wasser- oder Stromanschluss. Glasfaseranschlüsse sind ein zentraler Grundstein für wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand für die heutige Gesellschaft sowie kommende Generationen.

Deshalb beantragt die CDU Fraktion die finanziellen Mittel zum Ausbau des Glasfasernetzes aufzustocken.

Antrag Eigenbetrieb 1.1

Die CDU Fraktion beantragt die finanziellen

Mittel zum Ausbau des Glasfasernetzes von 320.000 auf 500.000 Euro aufzustocken.

Antrag Eigenbetrieb 1.2

Die CDU Fraktion beantragt die Aufnahme der Schulorte als priorisierte Gebiete auszuweisen und zu behandeln.

Mit diesem Ausblick in die Zukunft beende ich heute meine Stellungnahme und bedanke mich abschließend bei der Verwaltungsspitze, den Mitarbeitern der Verwaltung und den Bürgern für die gute und konstruktive Zusammenarbeit. (Ilona Koch)

Fraktion Freie Wähler

„Die lächerlichsten und die kühnsten Hoffnungen sind manchmal die Ursachen außerordentlicher Erfolge gewesen.“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Klenk, sehr geehrte Frau Erste Bürgermeisterin Noller, sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Kalbfell, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats, meine sehr geehrten Damen und Herren, mit diesem Eingangszitat des im Jahre 1715 in Aix-en-Provence geborenen französischen Philosophen Luc de Clapiers, Marquis de Vauvenargues, könnte man auch die Hoffnungen, die wir Freien Wähler an den kommunalen Haushalt 2018 richten, formulieren.

Für uns ist es beinahe schon Tradition und Verpflichtung, immer wieder neue Gedanken und Impulse im Rahmen der alljährlichen Haushaltsdebatte ins Spiel zu bringen. Dabei erscheinen unsere Ideen manchem Beteiligten oft zunächst unkonventionell oder zumindest ungewöhnlich. Einzige Ziele unserer Vorschläge aber bleiben: die Finanzen der Stadt auf eine solide Basis zu stellen, Zukunftsfähigkeit für unsere und kommende Generationen zu sichern ohne die Steuerzahler übermäßig zu belasten und Investitionen wo notwendig und sinnvoll tatkräftig umzusetzen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich in diesem Jahr zu diesen drei Kernzielen unserer Fraktion Stellung nehmen:

1.) Solide Finanzen

Am 19. September wurde der aktuelle Haushalt für das Jahr 2018 in den Gemeinderat eingebracht. Wieder einmal handelt es sich um einen Haushalt der alle Rekorde bricht. In den vergangenen 5 Jahren haben wir dieses Zitat bei jeder Haushaltseinbringung gehört. Nie dagewesene Einnahmen stehen Ausgaben in nie gekannter Höhe gegenüber. So auch in diesem Jahr.

Einige Zahlen möchte ich noch einmal nennen und sie aus dem aktuellen Zahlenwerk quasi schlaglichtartig herausstellen. Zunächst auf der Einnahmenseite: **Der Ansatz für die Gewerbesteuer liegt bei 46 Millionen Euro!** In 2017 haben wir hier noch mit 37, 8 Mio. Euro gerechnet. Aber die Erwartungen und Ansätze wurden um ein Vielfaches übertroffen. Wahrscheinlich, so der Kämmerer in seiner Haushaltsrede, wird

nach Abrechnung des Haushaltes 2017 das Gewerbesteueraufkommen sogar erstmals über 50 Mio. Euro liegen. Das ist wahrlich ein Rekord mit dem niemand rechnen konnte! Natürlich ist dies mehr als erfreulich und wir alle könnten die Sektkorken knallen lassen; die Handlungsspielräume scheinen unermesslich zu werden, die finanziellen Möglichkeiten der großen Kreisstadt Leinfelden-Echterdingen auch im Vergleich zu anderen Kommunen geradezu grenzenlos. In allererster Linie ist dies aber natürlich ein Zeichen für die enorme Wirtschaftskraft der Unternehmen an unserem Standort. Ihnen gebührt unser Dank für Ihre Verbundenheit mit der Stadt, Ihre Treue zu dieser Kommune und damit der Basis für all das, was wir im Gemeinderat und in der Verwaltung mit diesen Finanzmitteln tun können. Ohne deren wirtschaftlichen Erfolg, wäre Vieles, über das wir heute diskutieren gar nicht möglich. Deshalb steht für uns Freie Wähler außer Frage, dass ein verantwortungsvoller Umgang mit den Steuergeldern von Unternehmen und Einwohnern das Maß aller Dinge und all unseres politischen Handelns sein muss.

Auf der Ausgabenseite dominieren weiterhin die **Personalkosten**. Sie liegen für das Haushaltsjahr 2018 nochmals um 2 Millionen Euro höher als in 2017 und damit bei annähernd 32 Mio. Euro. Mit über 800 Beschäftigten ist die Stadt selbst, laut Angaben der Filder-Zeitung, nach T-Systems, Ernst & Young, der Robert-Bosch-GmbH und dem Flughafen mittlerweile der fünftgrößte Arbeitgeber in der Stadt. Im März dieses Jahres konnte bereits die 800. Mitarbeiterin begrüßt werden. Schaut man 10 Jahre zurück, so haben sich die Ausgaben für diesen Posten fast verdoppelt. Damals - in 2008 - lagen sie noch bei rund 18 Millionen.

Im Sinne einer verantwortungsvollen Politik halten wir Freien Wähler es für unbedingt erforderlich, einer weiteren Steigerung hier nur mit Vorbehalt zu begegnen. Gewiss, die Verwaltung wird nicht müde, uns immer wieder, quasi als Heilmittel für ihr Tun, Stellenmehrungen vorzuschlagen. Sei es im Bereich der Kinder- und Schulkinderbetreuung oder auch beim Ordnungsamt. Aber auch im Bereich der Kernverwaltung wurde und wird zugelegt. - Sicher sind manche der ausgelobten, neu zu schaffenden Stellen auch sinnvoll und notwendig. Wir wollen das gar nicht in Abrede stellen. Wenngleich manche Stelle im Bereich Kinderbetreuung auch dem Zeitgeist geschuldet ist. 187 Beschäftigte im Kindergartenbereich und nochmals 46 Beschäftigte in der Schulkinderbetreuung sind wahrlich kein kleiner Posten, sondern entsprechen 1/4 der Personalausgaben. Deshalb muss es Teil der Wahrheit sein, dass in diesem Bereich den Nutznießern dieser städtischen Dienstleistung verdeutlicht wird, mit welchem finanziellen Aufwand die Kinderbetreuung in unserer Stadt ermöglicht und gefördert wird. Wir beantragen deshalb die Stadtverwaltung, bei jedem Kindergarten- und Schulkinder den Eltern die genaue Höhe des Förderungsanteils des Betreuungsplatzes mitzuteilen. Gleichzeitig

beantragen wir weiter, die Gebühren für die Betreuungseinrichtung einer jährlichen Überprüfung zu unterziehen und Anpassungen im jährlichen Turnus vorzunehmen. Generell wird uns ja auch immer wieder gesagt, dass die meisten Posten im Haushalt – also etwa 2/3 nicht beeinflussbar, sondern fixe Ausgabepunkte sind. Dazu werden gerne auch die Personalkosten gerechnet. Und in der Tat ist es schwierig, im laufenden Haushalt Anpassungen vorzunehmen. Sieht man sich den Stellenplan für 2018 an, so ist auch hier wie in den Jahren zuvor festzustellen, dass die meisten neuen Stellen auf bereits gefassten Beschlüssen im laufenden Gemeinderatsjahr beruhen. Somit ist also auch in diesem Jahr wieder mit dem aktuellen Haushalt im Wesentlichen nur ein „Abnicken“ des Stellenplans und keine oder kaum Veränderung möglich, da ja bereits vorher schon zugestimmt wurde. Unserem Antrag vom letzten Jahr, die zukünftigen, neuen Stellen für das neue Haushaltsjahr im Voraus im Stellenplan auszuweisen, ist man leider nicht nachgekommen. Und unser Antrag wurde abgelehnt, wie leider die meisten unserer Anträge, die mit Sparen und Konsolidieren des Haushaltes zu tun hatten. Da es aber in der Politik auch dazu gehört, dickere Bretter länger zu bohren und man uns sicher nicht nachsagen kann, dass wir Freien Wähler uns leicht entmutigen lassen, im Gegenteil, wir ja manchmal auch ein wenig als Sturköpfe gelten, wollen wir unseren Antrag noch einmal wiederholen und hoffen, dass in diesem Jahr vielleicht die eine oder andere Fraktion diesmal mit uns gehen kann: wir beantragen somit den Stellenplan für das Jahr 2019 so aufzustellen, dass Neueinstellungen unterjährig nicht mehr möglich sind, sondern nur wenn sie vorher in den Stellenplan aufgenommen wurden. Dazu fordern wir im Sinne einer exakten Stellenplanung eine Übersicht von der Verwaltung, in welchen Bereichen und Ämtern wie viele Stellen tatsächlich notwendig sind.

2.) Zukunftsfähigkeit

Ich komme zum zweiten unserer Haushaltsziele, der Zukunftsfähigkeit für unsere und kommende Generationen ohne eine übermäßige Steuerbelastung.

Schaut man sich das vorliegende Zahlenwerk an, so wird deutlich, dass der Ergebnishaushalt, mit einem positiven Ergebnis von rund 2,2 Mio. Euro abschließt. Noch vor einem Jahr wurde für 2018 mit einem negativen Ergebnis von -4,97 Millionen Euro gerechnet. Und in den Folgejahren 2019 und 2020 gar mit Defiziten von -5,7 bzw. -3,3 Mio. Euro.

Nun – ein Jahr später - stellt sich die Situation ungleich positiver dar. Die vorliegenden Zahlen wurden wie erwähnt am 19. September im Gemeinderat vorgestellt. Am 29. September, also nur 10 Tage später, erreichte uns Gemeinderäte eine E-Mail des Stadtkämmerers, aus der sich neue Zahlen ergeben, die aufgrund einer deutlichen Verringerung der Kreisumlage eine nochmalige Ergebnisverbesserung zur Folge haben. Nach diesen Zahlen endet der Ergebnishaushalt

halt gar mit einem Überschuss von 4,5 Mio. Euro in 2018. Und in den Folgejahren 2019 bis 2021 jeweils mit Überschüssen von 2,96, rund 1 Million bzw. 1,8 Millionen Euro. Dies wirkt sich natürlich direkt auf die liquiden Mittel der Stadt aus. Beliefen sich diese am Jahresanfang noch auf rund 69 Mio. Euro so erhöhen sie sich durch die Ergebnisverbesserung von zunächst geplanten rund 74 Mio. um nochmals 2,2 Mio. auf mindestens 76 Mio. Euro. Noch nicht eingerechnet ist hierbei freilich die Verbesserung auf der Einnahmenseite bei der Gewerbesteuer. Sollte diese tatsächlich die 50 Mio.-Euro-Marke knacken, sind weitere Liquiditätsverbesserungen zu erwarten. Über deren Höhe kann derzeit wohl nur spekuliert werden.

Klar ist allerdings, dass die finanziellen Mittel der Stadt geradezu exorbitant gestiegen sind und das viele Geld gar nicht so schnell ausgegeben werden kann, wie es eingenommen wird. Gewiss, die Investitionsliste ist lang – ich komme später noch darauf zurück. Aber die Möglichkeiten das Geld auszugeben, werden von vielen Faktoren beeinflusst. Insbesondere brauchen Planungs- und Realisierungsprozesse Zeit. Lange Zeit.

Es zeigt sich aber auch, dass die Kämmerei mit dem Zeitplan des Haushaltes ziemlich ins Schlingern gerät. Das soll kein Vorwurf sein. Sicher sind alle Zahlen nach bestem Wissen und Gewissen recherchiert und geplant. Aber manche Werte, wie jetzt auch die Kreisumlage, liegen zu dem frühen Zeitpunkt unserer Haushaltsplanung einfach noch nicht vor. Und schließlich müssen die Ämter seit der letztjährigen Umstellung des Zeitplans ihre Mittelanmeldungen ja deutlich vor der Sommerpause abgeben, was zur Folge hat, dass Manches vergessen wird und oft mühsam nachzubessern ist. Wir sollten deshalb nochmals darüber nachdenken, ob wir den Terminplan für den Haushalt auf diesem Stand belassen können. Verlässliche Zahlen sind uns Freien Wählern jedenfalls wichtiger als eine allzu hektische Haushalts-einbringung und –Verabschiedung noch im alten Jahr.

Vor dem Hintergrund der gewaltigen Ergebnisverbesserung fragen wir uns aber auch, ob es ein richtiger Schritt war, im letzten Jahr die Gewerbesteuer um 10 Punkte anzuheben. Schon damals waren wir von der Notwendigkeit einer Erhöhung nicht überzeugt und haben deshalb den Haushalt abgelehnt. Wir waren und sind der Meinung, dass die 1 Mio. Euro Mehreinnahmen aus der Erhöhung nicht zwingend notwendig sind.

Diese Situation hat sich seit dem letzten Jahr aber nun noch einmal grundlegend verändert! Wo vorher die genannten negativen Ergebnisse standen, zeigen sich nun deutlich positivere Ergebnisse. Allein in den nächsten vier Jahren bis 2021 werden 10 Mio. Euro Mehreinnahmen erwartet. Vor diesem Hintergrund sollten wir ernsthaft darüber nachdenken, Unternehmen nicht über das notwendige Maß hinaus zu belasten. Wir beantragen deshalb die Rücknahme der

Gewerbsteuererhöhung und Neufestsetzung des Hebesatzes auf 385 Punkte. Damit könnten wir ein dringend notwendiges Signal aussenden, dass wir unsere Betriebe nicht als Melkkühe betrachten und würden einen Teil der positiven Entwicklung an die hauptsächlich dazu Beitragenden zurückgeben.

Die letztjährige Begründung der Stadtverwaltung für die Erhöhung, nämlich die Mehreinnahmen in Infrastrukturmaßnahmen zu stecken, die den Unternehmen direkt nützen sollten, war unserer Meinung nach schon damals recht dünnseidig. Tatsächliche Maßnahmen in Verkehr und Infrastruktur sind jedenfalls auch heute noch kaum greifbar.

Denken wir aber auch daran, meine Damen und Herren, dass wir als Standort für neue Unternehmen attraktiv bleiben müssen. Neuansiedlungen von Firmen im Bereich unserer neuen Gewerbegebiete wie z.B. in den Schelmenäckern müssen weiterhin unterstützt werden. Bedenken Sie dabei bitte auch, dass Nachbarkommunen wie beispielsweise Steinenbronn mit 340 Punkten deutlich niedrigere Gewerbesteuern haben und uns damit eventuellen Schaden zufügen und Betriebe abziehen können.

Die Zukunftsfähigkeit würden wir uns mit diesem Schritt sicher nicht verbauen. Denn schließlich geht es ja auch darum, die laufenden Belastungen für Unternehmen nicht überborden zu lassen. Wir alle wissen, wie wichtig eine gut florierende Wirtschaft ist und wie abhängig die kommunalen Finanzen von der privaten Ökonomie sind.

Für die hohe Liquidität sollten wir aber auch für weitere Sicherheit sorgen. Sichere Anlageformen für das Geld, das im Verlauf noch einige Jahre geparkt werden muss sind weiter zu suchen. Deshalb begrüßen wir es sehr, wenn wir weiterhin als Gemeinderäte in die Überlegungen miteinbezogen werden.

Einen Denkanstoß vom letzten Jahr möchte ich aber nicht ganz aus den Augen verlieren. Thema: Übernachtungsabgaben. Wir wissen, dass die Rechtsprechung sich in diesem Bereich nicht grundlegend geändert hat. Dennoch wissen wir aber auch, dass im Bereich Tourismus und Übernachtungen neue Rekordzahlen auch in diesem Jahr gemeldet werden und weitere Städte entsprechende Abgaben einführen werden. Stichwort: Frankfurt, Heidelberg und Freiburg. LE sprengt bereits in 2017 die Übernachtungszahl von 500.000. Und wir wissen, dass es sich dabei nicht nur um Geschäftsreisende handelt. Zwar wird die Zahl reiner Touristen von Hoteliers und deren Verbänden immer sehr gerne klein geredet. Wenn man allerdings berücksichtigt, dass Hotels in unserer Stadt auch in den messearmen Sommermonaten und an den Wochenenden teilweise fast immer ausgebucht sind, muss man sich schon fragen, ob diese Angaben tatsächlich stimmen und nicht deutlich über den oft genannten 5-10 % reinen Touristen liegen. Harte Zahlen hierzu gibt es leider nicht.

In der Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit, der ich selbst angehöre, arbeiten wir aber

bereits an einem Tourismus-Marketing-Konzept. Die Frage, wie wir aus dem Tourismus größtmöglichen Nutzen auch für unsere Stadt und deren Einzelhandels- und Gastronomiebetriebe ziehen können, ist für uns als Freie Wähler Fraktion essentiell. Wie wir auswärtige Gäste an den Kosten für die Umsetzung solcher Marketing-Maßnahmen beteiligen und gleichzeitig in die Ortskerne ziehen können, steht für uns im Mittelpunkt der Überlegungen. Deshalb beantragen wir für das weitere Vorgehen, die Erhebung einer Tourismusabgabe für privat ausgelöste Übernachtungen. Gleichzeitig sollte durch Ausgabe einer Gästekarte das gastronomische und Einzelhandels-Angebot für Touristen vergünstigt und dadurch die Attraktivität der Ortskerne für die auswärtigen Gäste gesteigert werden. Aus unserer Sicht macht ein Marketingkonzept für Touristen nur gemeinsam mit der Einführung einer entsprechenden Förderabgabe Sinn.

3.) Investitionen

Damit komme ich nun zum dritten und letzten unserer Haushaltsziele: einer sinnvollen und tatkräftigen Investitionsplanung.

Dies ist bekanntlich der Haushaltsposten, der durch politischen Willen noch am stärksten zu beeinflussen ist, wenn – freilich – entsprechend frühzeitig die Weichen gestellt werden. Gestatten Sie mir in diesem Jahr, hierauf einen besonderen Schwerpunkt zu legen und auch vor dem Hintergrund der guten Ergebnisentwicklung auf das „Klein-Klein“ unserer Sparvorschläge und -Ideen der letzten Jahre, die nebenbei bemerkt, sowieso überwiegend von der Stadtverwaltung abgelehnt wurden, zu verzichten.

Betrachtet man nun die Investitionsausgaben genauer und vergleicht die Zahlen von 2017 und 18 miteinander so wird eines deutlich: „wo ein Wille, da ein Weg!“ Was soll das heißen? Lassen Sie mich dies an einem kleinen Beispiel erläutern:

In 2017 beliefen sich die Ausgaben auf rund 23 Millionen Euro. In 2018 stehen an Investitionen Gesamtausgaben von annähernd 29,5 Millionen an.

Insbesondere der größte Einzelposten von rund 5,7 Mio. Euro für den Grundstückserwerb im Rahmen des neuen Bauland-Entwicklungsmodells stand letztes Jahr noch gar nicht auf der Liste.

An diesem Beispiel also zeigt sich: es ist sehr wohl möglich, Einfluss auf die Investitionen und Ausgaben zu nehmen. Eine neue Idee, ein neues Ziel und mit einem Mal, stehen auch schon genügend Mittel dazu zur Verfügung. Natürlich verhehle ich jetzt nicht, dass viele Gemeinderäte dem neuen Baulandmodell und dem Grundstückszwischenerwerb zugestimmt haben. Und sollte es klappen, so resultieren aus dem Grundstückswiederverkauf ja auch Gewinne für die Stadt, wenn auch kleinere.

Anders als in den vergangenen Jahren, möchten wir Freien Wählern die heutige Generaldebatte deshalb nun dazu nutzen, in der Investitionstätigkeit einige andere, neue Schwerpunkte zu setzen, die uns wichtig sind und seit Jahren am Herzen liegen:

An erster Stelle stehen für uns hierbei ganz klar **Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen**. Aber auch **Bildung und Jugend** wollen wir stärken. Deshalb brauchen wir mehr Geld für dringende **Schulsanierungen**. Und schließlich steht die **Stadtentwicklung** auf dem Plan. Wir wollen deshalb unsere Anträge so gestalten, dass zusätzlich zu den geplanten Investitionen weitere 3 Millionen Euro in 2018 in die genannten 3 Bereiche investiert werden. Damit konzentrieren wir uns auch auf die einmal festgelegten strategischen Handlungsfelder und deren Schlüsselprodukte, die wir mit dem ersten NKHR-Haushalt vor gut 2 Jahren in der Strategiekommision festgelegt und im Gemeinderat beschlossen haben.

Zum Handlungsfeld **Verkehrsinfrastruktur** wurde als Schlüsselprodukt das Produkt 54.10 Gemeindestraßen auserwählt. Hierzu liest sich im aktuellen Haushalt, dass dazu ein Radwegekonzept erstellt wurde und ein wesentliches Ziel - als Teil des Mobilitätskonzeptes - eine Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs von derzeit 57 auf 46 Prozent sein soll. Ich nehme an dieser Stelle an, dass hierbei nur Verbrennungsmotoren unter Verbrauch fossiler Energieträger gemeint sind und nicht etwa E-Bikes oder Pedelecs, sofern sie Ihren Fahrstrom aus nachwachsender, klimaneutraler Elektroenergie beziehen. Tatsächlich umgesetzt wurden im Bereich Radwege in der Vergangenheit allerdings erst wenige Punkte: der Radweg von Steuten nach Echterdingen wurde verbreitert, an den S-Bahnhöfen wurden 40 Fahrradboxen errichtet und teilweise wurde begonnen, Bushaltestellen hinsichtlich ihrer Barrierefreiheit zu optimieren. Auch dass nun wieder Hauptadwege im Winter geräumt werden, ist eine kleine Maßnahme aber wie die zwei vorgenannten Maßnahmen auch, sicher noch nicht der ganz große Wurf im Bereich Verkehrsinfrastruktur.

Wir brauchen viel mehr an Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen, um den Individualverkehr deutlich zu reduzieren. Insbesondere natürlich beim ÖPNV-Ausbau. Denn wir alle wissen: die Straßen in und um LE sind schon jetzt viel zu voll, da nützt uns auch kein City-Bus, der vielleicht billiger zu haben ist als eine U5, wenn er auf den gleichen verstopften Straßen unterwegs ist und im selben Stau mit allen anderen Fahrzeugen steckt. Durch die daraus resultierende Unpünktlichkeit sinkt die Attraktivität des Verkehrsmittels Bus erheblich. Wir schlagen deshalb erneut vor, konsequent auf die Schiene zu setzen.

Lassen Sie uns in die U5-Verlängerung bis Echterdingen investieren. Schon vor einem Jahr haben wir eine Rückstellung von 1 Mio. Euro für den Weiterbau bis Echterdingen beantragt. Dies beantragen wir für den aktuellen Haushalt erneut. Es ist gut, dass schon Gespräche mit der SSB geführt wurden. Aber wir wollen weiter kommen. Konkretere Schritte müssen nun folgen. Wie wäre es mit einer Vorplanung? Lassen Sie uns versuchen, ein gemeinsames Zeichen an die Region zu senden, dass die Stadt Leinfelden-Echterdingen bereit ist, auch ei-

gene Mittel aus ihrem Haushalt dafür einzusetzen und den Ausbau nicht irgendwann, sondern jetzt will!

Gleichzeitig brauchen wir aber auch mehr Mittel für den Straßenbau. Für Straßensanierungen stehen insgesamt 2.4 Mio. auf der Investitionsliste. Wir wollen diese Mittel um 500.000 Euro erhöhen und gleichzeitig beantragen, die aus unserer Sicht dringend erforderliche Osttangente zwischen Max-Lang-Straße und Maybachstraße in die Planung aufzunehmen. Ausdrücklich begrüßen wir, dass eine Vorstudie bis Jahresende hierzu vorgelegt werden soll.

Meine Damen und Herren, vor wenigen Tagen konnte das 50-jährige Bestehen des Philipp-Matthäus-Hahn-Gymnasiums in Echterdingen mit einem großen Festakt gefeiert werden. Dieses freudige Ereignis war ein Grund, dankbar auf die vergangenen Jahrzehnte erfolgreicher Bildungsarbeit in Leinfelden-Echterdingen zurückzublicken. Aber es muss uns an dieser Stelle natürlich auch Ansporn sein, unsere Bildungseinrichtungen zukunftsfähig zu machen. Nur in einer guten Lernumgebung, lernt es sich optimal. Diese Grundvoraussetzungen müssen wir als Schulträger schaffen. In den vergangenen 50 Jahren gab es am PMH-Gymnasium zwar einige Anbauten und Modernisierungen, neue Labors und Werkräume, sowie eine neue Oberstufe konnten geschaffen werden. Aber eine grundlegende Sanierung fand nicht statt.

Klassenzimmer, Fenster, Türen, Heizung, Sanitärräume sind teilweise auf dem Stand von 1972. Beim Jubiläum berichteten mir Eltern, Lehrer und Schüler aus erster Hand, dass man zeitenweise in andere Klassenräume umziehen müsse, weil entweder die Heizung nicht funktioniere oder ein Fenster nicht schließe oder Wasser von der Decke tropfe. Und dies ist nur ein Beispiel für eine Schule in unserer Stadt.

Wir Freien Wähler haben das Gefühl, dass wir langsam aber sicher einen enormen Sanierungsstau vor uns herschieben. Und dass uns dieser irgendwann gewaltig einholen wird. Zur Sanierung von Schulgebäuden standen im Haushalt von 2017 noch 1 Mio. Euro in der Investitionsliste, in 2018 nur noch schlappe 250.000 Euro. Statt das Geld und die Überschüsse auf nicht verzinsten Girokonten zu horten, sollten wir es nach unserer Meinung doch lieber investieren! Deshalb fordern wir, die Mittel für Sanierung von Schulgebäuden um 1 Mio. Euro im laufenden Haushalt auf 1.25 Mio. aufzustocken. Damit würden wir dann auch das zweite strategische Handlungsfeld mit seinem Schlüsselprodukt **„allgemeine Förderung junger Menschen“** deutlicher hervorheben.

Schließlich noch ein letzter Investitionsschwerpunkt in Richtung **Stadtentwicklung**, dem dritten und letzten strategischen Handlungsfeld. Mit dem Produkt Baulandentwicklung wird hier schon ein besonderer Schwerpunkt in den Investitionen gesetzt. Für uns Freie Wähler allerdings kommen dafür andere Projekte etwas zu kurz. Insbesondere das Hallenbad in Leinfelden ist

ein Schuh der uns ganz besonders drückt. Nirgendwo sonst drückt sich die Leistungsfähigkeit einer Kommune in der Wahrnehmung für ihre Bürgerinnen und Bürger direkter aus, als im Bereich eines städtischen Hallenbades. Bevölkerung, Schulen und Vereine halten solch eine Einrichtung für gleichermaßen wichtig und unabdingbar. Auch wenn die Besucherzahlen zuletzt zurückgingen, was sicherlich mit der sinkenden Attraktivität der Einrichtung durch den Sanierungsstau zu tun hat, ist der Trend zu solch einem Bad, bei dem nicht Wellness und Spaß, sondern Bewegung und Gesundheit im Vordergrund stehen ungebrochen. Steigende Nichtschwimmerzahlen belegen überdies, dass der Erhalt eines städtischen Bades dringend nottut. Erfreulicherweise wurden 500.000 Euro für den möglichen Neubau in den Haushalt eingestellt. Wir halten diese Summe jedoch für zu gering und beantragen deshalb eine Erhöhung um weitere 500.000 Euro auf insgesamt 1 Mio. Euro.

Am Beispiel des Hallenbades sehen wir mehr als deutlich, was Sanierungsstau bedeuten kann. Letztendlich enorme Kosten bis hin zum Wegfall einer Einrichtung, die vielleicht gar nicht finanzierbar ist. Je früher wir in Sanierung und Erhalt investieren, umso geringer sind die Belastungen für den Haushalt – und die Umsetzbarkeit und Realisierbarkeit steigt.

Für uns Freie Wähler zählt deshalb immer der Erhalt vor dem Neubau. Pflege unserer Einrichtungen und eine zeitgerechte Sanierung müssen die Ziele für die Zukunft bleiben. Wir müssen lernen, Projekte nicht mehr scheinbar endlos auf die lange Bank zu schieben. Jetzt ist die Zeit des Anpackens gekommen, liebe Kolleginnen und Kollegen, hochgeschätzte Verwaltung. Lassen Sie uns die Projekte angehen.

Auch wir in Leinfelden-Echterdingen können den berühmten Ruck, der durch alle Reihen gehen muss, mehr als gut gebrauchen! 3 Mio. mehr investieren, das haut uns nicht um, aber den Bürgerinnen und Bürgern nützt es!

Vielleicht bleibt es die „kühne Hoffnung“, die ich eingangs meiner Gedanken zitiert habe. Aber wenn wir dadurch Erfolg haben, können wir vielleicht einen kleinen Teil zu einer positiven Entwicklung in unserer Stadt beitragen.

Zum Schluss danke ich im Namen der Fraktion der Freien Wähler nochmals allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Stadtverwaltung, insbesondere natürlich im Finanzverwaltungsamt, aber auch in allen anderen Ämtern, die mit der Erstellung des Haushaltsplanentwurfes beauftragt waren und in der Kürze der Zeit das vorliegende Zahlenwert zusammengestellt haben.

Meine liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat möchte ich bitten, sich intensiv mit unseren Anträgen auseinanderzusetzen und hoffe, dass Sie bei einigen unserer Vorschläge mitgehen können.

Ihnen allen, meine sehr geehrte Damen und Herren, danke ich für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit. (Dr. Eberhard Wächter)

Anträge der Freien Wähler zum Haushalt 2018:

- 1.) Jährliche Mitteilung an Eltern von Kindergarten und Schulkindern über die Höhe der jeweiligen Förderung des entsprechend genutzten Betreuungsplatzes für ihr Kind
 - 2.) Jährliche Überprüfung der Betreuungsgebühren und Vorstellung der Zahlen im VKS mit ggf. notwendigen Anpassungen der Gebührensätze
 - 3.) Ab 2019 Stellenplan vorausschauend und nicht rückwirkend in den Haushalt einbringen; keine unterjährige Neuschaffung von Stellen, die nicht vorher geplant waren. Erstellung genauer Übersichten der Stellenbedarfe in allen Verwaltungsbereichen.
 - 4.) Überprüfung der Terminalsituation der Haushaltsplanung und ggf. Verschiebung der Verabschiedung ins neue Jahr zur Verbesserung der Genauigkeit von Zahlen
 - 5.) Absenkung des Gewerbesteuerhebesatzes von 390 auf 385 v.H.
 - 6.) Einführung einer Tourismusabgabe pro Übernachtung und Person (z.B. 2 Euro) und gleichzeitige Ausgabe einer Gästekarte an Touristen mit Vergünstigungen bei Handel, Gastronomie, städt. Einrichtungen und ÖPNV.
- Zusätzliche Investitionen:
- 7.) Verlängerung U5 bis Echterdingen: 1 Mio. Rückstellung hierfür und Aufnahme intensiver Gespräche mit SSB, Stadt Stuttgart und Region
 - 8.) Erhöhung der Mittel für Straßensanierungen um 500.000 Euro auf 2,93 Mio. Euro. Aufnahme Planung Osttangente.
 - 9.) Erhöhung der Mittel für Sanierung von Schulgebäuden um 1 Mio. auf 1.25 Mio. Euro.
 - 10.) Erhöhung der Investitionsmittel für den möglichen Neubau des Hallenbades Leinfelden um 500.000 Euro auf insgesamt 1 Mio. Euro.

Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Klenk, sehr geehrte Frau Erste Bürgermeisterin Noller, sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Kalbfell, sehr geehrte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, sehr geehrte Jugendgemeinderätinnen und Jugendgemeinderäte, sehr geehrte Damen und Herren,

wie jedes Jahr hielt Herr Kaiser, Leiter der Finanzverwaltung, die Haushaltsrede zum kommenden Haushaltsplan sachlich und nüchtern. Fast nach jeder positiven Meldung wurde direkt wieder auf die Euphorie Bremse getreten. So wies Herr Kaiser gegen Ende der Rede darauf hin, dass der Bestand an liquiden Mitteln zum Ende des Finanzplanungszeitraums 2021 um mehr als die Hälfte, auf rund 33 Mio. Euro zurückgehen würde. In den letzten Finanzplänen gab es ähnliche Warnungen jährlich. Eingetreten ist der Fall bisher jedoch nicht. Im Haushaltsplan für das Jahr 2014 sollten sich die liquiden Mittel bis 2017 von 52 auf rund 2,7 Mio. Euro reduzieren. Tatsächlich

stehen 2017 jedoch 72,9 Mio. Euro liquide Mittel zur Verfügung. Zum Einen liegt das daran, dass große Projekte wie z.B. die Erweiterung und Sanierung der Filderhalle oder der Neubau der Turn- und Festhalle Musberg erst jetzt angegangen werden konnten und andere Projekte wie z.B. der Umbau bzw. die Sanierung des Hallenbades noch ausstehen. Zum Anderen entwickelten sich die Steuereinnahmen überraschend positiv, sodass allein auf der Gewerbesteuerseite die 50 Mio. Euro geknackt werden.

Wir möchten daher auch den Unternehmen der Stadt danken und die Fähigkeiten unserer Wirtschaft ausdrücklich loben. Trotzdem soll an dieser Stelle noch mal darauf hingewiesen werden, dass die Erhöhung des Hebesatzes der Gewerbesteuer um 10 Punkte wichtig und richtig war, um den Haushalt in guten Jahren, wie sie es momentan zweifellos sind, zu sanieren.

Der zweite große Steuerertrag ist der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer. Seit 2009 ist der Betrag von 18,4 Mio. Euro konstant und ohne Einbrüche auf aktuell 28,5 Mio. Euro angewachsen. Zum Ende des Finanzplanungszeitraums 2021 sollen es sogar 31,9 Mio. Euro sein. Im Vergleich dazu stiegen die Einnahmen aus der Gewerbesteuer in der vergangenen Dekade wesentlich unkonstanter und damit unberechenbarer an. Wir fordern daher, den Fokus in den kommenden Jahren noch stärker als bisher auf neue Wohngebiete zu richten. Im Gegensatz zu Gewerbegebieten helfen sie, den Verkehrsdruck zu senken und tragen gleichzeitig dazu bei, dass die konstanteren Einnahmen aus der Einkommenssteuer weiter ansteigen.

Die Entwicklungen der letzten Jahre und der mutige, aber nicht unrealistische Blick in die kommenden Jahre stimmen uns zuversichtlich, dass wir die bereits gute Lebensqualität für die meisten Menschen in unserer Stadt weiter verbessern können. Dazu gehört auch, dass wir als Standort für die Industrie und Wirtschaft, die schon hier angesiedelt ist, noch attraktiver werden und Räume für Erweiterungen unserer Bestandsbetriebe bereithalten. Nicht vergessen dürfen wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in allen Bereichen der Verwaltung. Hier meinen wir längst fällige Sanierungen und Erweiterungen in den Rathäusern und eine erhöhte Bereitschaft des Gremiums, neues Personal einzustellen. Dazu unser Antrag, die aufgelaufenen Überstunden in den Ämtern zusammenzustellen. Wir erbitten ebenfalls eine Aufstellung entsprechender Maßnahmen um diese gegebenenfalls zu reduzieren. Der Zusammenhang zwischen Überstunden und gesundheitlichen Schäden wird in etlichen Studien belegt.

Ebenfalls kann die Verwaltung – aber auch der Gemeinderat – entlastet werden, indem unser Antrag zur Einführung eines Doppelhaushaltes ab dem Haushaltsjahr 2019 umgesetzt wird. Ein weiterer Vorteil liegt sowohl in der Planungssicherheit für die Verwaltung, als auch in der Planungssicherheit der Empfänger kommunaler Leistungen wie zum Beispiel Stadtjugendring, Familien

mit Stadtpässen oder Vereine.

Klärungsbedarf sehen wir beim Umgang mit den liquiden Mitteln. Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass Hebesätze bei den Steuern erhöht wurden, um Eigenkapital anzuhäufen. Was, wenn die Ergebnishaushalte der nächsten Jahre wider Erwarten weiterhin mit einem positiven Ergebnis ausfallen? Zinsen gibt es wenn, dann mit einem Minus davor und aufgrund der Inflation wird das Geld weniger wert.

Daher fordern wir, auf dem Grundstücks- und Immobilienmarkt die Richtung der letzten beiden Jahre beizubehalten. Leinfelden-Echterdingen baut und kauft Häuser, um sozial verträglichen Wohnraum zu sozial verträglichen Mieten zu schaffen. Ein gutes Beispiel ist der Bau an der Stuttgarter StraÙe. Erforderlich durch die Menschen mit Fluchterfahrung, weitergedacht in eine Durchmischung auf dem gesamten Stadtgebiet. Menschen aus stadteigenen Häusern dürfen in neueren, bezahlbaren Wohnraum umziehen, die Anschlussunterbringung wird dezentral. Dies sollte die Stadt in den kommenden Jahren intensiv weiter betreiben. So wird unser Geld sinnvoll eingesetzt, es verliert nicht an Wert und kommt den Bürgerinnen und Bürgern zugute.

An dieser

Stelle möchte ich auch erwähnen, dass es gerade die Menschen mit geringerem Einkommen sind, die sich das Wohnen in unserer Stadt nicht leisten können und durch Einpendeln den Hauptteil des Verkehrsdrucks ausmachen. Die Waage Arbeitsplätze – Wohnraum ist bei uns schon lange nicht mehr ausgeglichen. Daher erbitten wir einen Sachstandsbericht zu der geplanten Wohnbaugesellschaft. Im Oktober 2015 wurde der Ausarbeitung eines Konzeptes zur Gründung einer Wohnbaugesellschaft zugestimmt. Seither gab es so gut wie keine relevanten Informationen mehr zum Sachstand der Ausarbeitung.

Um die Lebensqualität zu verbessern, gilt es, neben der Schaffung von Wohnraum, das bereits angelaufene Mobilitätskonzept schnell und vollständig umzusetzen. Den Menschen arbeitsplatznahen Wohnraum anzubieten ist nur dann eine runde Sache, wenn sie auch ohne einen eigenen PKW attraktiv, zuverlässig und schnell zur Arbeit und wieder nach Hause fahren können. Gleiches gilt für die Kinder und Jugendlichen auf den Wegen in die Kitas, Schulen und Vereine. Fuß- und Radwege sollen so gestaltet werden, dass Elterntaxis überflüssig werden. Leinfelden-Echterdingen muss eine Stadt werden, in der leicht und unkompliziert auf einen eigenen PKW verzichtet werden kann. Weniger Platzbedarfe für öffentlichen, aber auch privaten Parkraum bieten unmittelbar mehr Gestaltungsraum für Fuß- und Radwege und sparen dadurch direkt Gelder ein. Dazu bitten wir um ein neues Konzept zur Parkraumbewirtschaftung auf öffentlichen Flächen. Auf den Prüfstand muss der Umgang mit Anwohner- und Besucherparkausweisen. Es ist nicht erkennbar, nach welchem System diese Ausweise an die Haushalte ausgegeben werden.

Wir fürchten eine zunehmende Weitergabe von Besucherparkausweisen an Auswärtige, die dann als kostenfreie Park and Ride oder Park and Fly Tickets missbraucht werden.

Ich möchte hier ein Beispiel zur Verdeutlichung des Raumbedarfes anbringen. Ein Vierpersonenhaushalt mit zwei eigenen PKW kann sich zwei Anwohnerparkausweise und einen – oder mehr? – Besucherparkausweise ausstellen lassen. Setzt man 25 Quadratmeter je Stellplatz voraus, so kann dieser Haushalt mindestens die Fläche einer Dreizimmerwohnung kostenfrei im öffentlichen Raum für den stehenden Verkehr nutzen. Hier müssen wir uns doch überlegen, ob das so gewollt und gerecht ist. Auch gerecht denen gegenüber, die auf einen eigenen PKW verzichten und diesen Raum gar nicht beanspruchen können.

Außerdem fordern wir, dass die Verwaltung prüft, wie das neue Car-Sharing-Gesetz, das am 1. September 2017 in Kraft getreten ist, in unserer Stadt umgesetzt werden kann. Reservierte Stellplätze für geteilte Fahrzeuge, die dann übrigens tatsächlich auch eher fahrende Zeuge sind, entziehen keinen öffentlichen Parkraum, da auch sie dazu beitragen, dass auf das eigene Stehzeug verzichtet werden kann. Somit wird auch dadurch der Parkdruck im Innenbereich und in den Quartieren gemindert.

Durch die individuellen motorisierten Verkehre fühlen sich viele Menschen zu Fuß oder auf dem Rad unsicher und nicht immer willkommen. Autos zwingen manch einen Radelnden auf die Bürgersteige, was dann wiederum das zu Fuß gehen unattraktiver macht. Um der Verwaltung die ein oder andere Umsetzung zu erleichtern und ihr das Erfinden des Rades abzunehmen, beantragen wir die Mitgliedschaft der Stadt im Verein „Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Kommunen Baden-Württemberg“. So kann auf den Erfahrungsschatz anderer Kommunen zurückgegriffen werden. Mit Aktionen zur Sicherheit von Schulradwegen, aber auch in Planungs- und Sicherheitsfragen ist die Arbeitsgemeinschaft ein unabdingbares Netzwerk.

Ebenso und dazu passend fordern wir die Überarbeitung des Wegeplanes für Rad fahrende Schülerinnen und Schüler mit Hilfe des neuen Radschulwegeplaners Baden-Württemberg. Dieser beruht auf einem internetgestützten Geoinformationssystem. Damit können Schülerinnen und Schüler ihre täglich mit dem Fahrrad gefahrenen Schulwege am PC selbst erfassen und auf Problemstellen entlang ihres Schulwegs aufmerksam machen. Die Kommunen können über das Planwerkzeug auf die erhobenen Daten zugreifen.

Weniger motorisierter Individualverkehr spart zudem Geld ein, indem wir es schaffen, mit den bestehenden Straßen auszukommen und diese weniger oft sanieren zu müssen. Dabei spielen auch die LKW eine große Rolle. Um im Stadtteil Echterdingen einen Anfang zu machen, fordern wir die Einführung einer LKW-Durchfahrtsverbotszone auf der Hauptstraße, Lieferverkehr frei. Hier erfordert die Feinstaubbelastung

schnelle und finanziell darstellbare Maßnahmen, zumal eine Klage der Deutschen Umwelthilfe droht.

Weiterhin soll der Ausbau der U5 bis Echterdingen aktiv vorangetrieben werden. Auch dadurch wird es für noch mehr Haushalte möglich, auf einen eigenen PKW zu verzichten, was wiederum Platz auf und neben den Straßen schafft. Auch den ÖPNV betreffend, bitten wir die Verwaltung festzustellen, ob sich das bereits angebotene VVS-Hotel-Ticket auch für Hotelgäste in Leinfelden-Echterdingen lohnt. Als Messestadt mit einer überdurchschnittlichen Anzahl von Hotels und einer bereits guten Anbindung an den ÖPNV, könnte ein solches Ticket ebenfalls dazu beitragen, Autoverkehr zu vermeiden. Außerdem bitten wir die Verwaltung zu prüfen, was es die Stadt kosten würde, sich der Tarifzone 20 des VVS anzuschließen. Es gibt Überlegungen, den Flughafen eine Zone näher an die Landeshauptstadt zu rücken. Im Zuge dessen sollte geprüft werden, ob dies für die gesamte Stadt möglich ist. So kauft sich beispielsweise die Stadt Fellbach schon länger in die Zone 20 ein, was das Fahren mit dem ÖPNV nach Stuttgart unheimlich attraktiver macht.

Das Thema der Kinderbetreuung sehen wir mit gemischten Gefühlen. Zwar sind bis auf sehr wenige Ausnahmen alle Kinder untergebracht, jedoch wurden in den vergangenen Jahren zu viele Provisorien errichtet. Wir freuen uns daher auf die kommende Klausurtagung zu diesem Thema und wünschen uns Entschlossenheit im Gremium, mit weiteren Neu- und Anbauten Luft zu schaffen. Die Geburtenzahlen steigen, die Zuzüge ebenfalls. Außerdem steigt der Prozentsatz der Inanspruchnahme immer weiter an. So werden wir um massive Investitionen nicht herumkommen. Wir scheuen diese jedoch nicht, wenn die Gebäude so geplant und gebaut werden, dass Räume auch in geburtsschwächeren Jahrgängen sinnvoll genutzt werden können.

Positiv finden wir die Entwicklung bei den Stadtwerken. Der Kauf des Strom- und Gasnetzes hat sich gelohnt. Um den Breitbandausbau zu beschleunigen, bitten wir um einen Bericht über die Bemühungen und Erfolgsaussichten, EU-, Bundes- und Landeszuschüsse zu erlangen. Nach wie vor werden von den drei oben genannten politischen Ebenen Fördertöpfe für Breitbandnetze aufgesetzt. Den Vertrieb von Strom betreffend bitten wir um Auskunft, ob der von den Stadtwerken eingekaufte Ökostrom ein Gütesiegel trägt, beziehungsweise welche Zertifizierung er hat. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. (*David Armbruster*)

Anträge Bündnis 90/Die Grünen:

1.) Die Stadt wird Mitglied im Verein „Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Kommunen Baden-Württemberg“. Begründung: Um das Rad nicht neu erfinden zu müssen, können Kommunen in der Landesarbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Kommunen auf den Erfahrungsschatz anderer Kommunen zurückgreifen. Das gilt nicht nur für den Rad-, sondern auch für den Fuß-

verkehr. Mit Aktionen zur Sicherheit von Schulradwegen aber auch in Planungs- und Sicherheitsfragen ist die „Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Kommunen“ ein unabdingbares Netzwerk.

2.) Wir bitten sowohl um eine Zusammenstellung der aufgelaufenen Überstunden in den Ämtern, den Stadtwerken und den angegliederten Gesellschaften wie Filderhalle und Vetriebsgesellschaft, als auch eine Aufstellung entsprechender Maßnahmen um diese gegebenenfalls zu reduzieren. Begründung: In den letzten Jahren haben sich die Aufgabenfelder in allen Bereichen der Verwaltung und deren angegliederten Geschäftszweigen erheblich vergrößert. Im Gegenzug ist der Personalstamm bis auf den Kinderbetreuungsbereich nur marginal gestiegen. Daher bitten wir um entsprechende Zahlen und Maßnahmen, da die Überstundensituation auf einem erträglichen Maß zu halten ist. Das Arbeitszeitgesetz schreibt vor, dass Arbeitnehmer an Werktagen regulär nicht länger als acht Stunden arbeiten dürfen. Eine Ausdehnung auf zehn Stunden pro Tag ist erlaubt, wenn innerhalb der folgenden sechs Monate ein sogenannter Freizeitausgleich ermöglicht wird. Der Zusammenhang zwischen Überstunden und gesundheitlichen Schäden wird in etlichen Studien belegt.

3.) Die Stadt weitet die derzeitigen ökologischen Wiesenflächen für Bienen, Hummeln und Schmetterlinge deutlich aus. Begründung: In den letzten Jahren gab es einen erschreckenden Verlust von Insekten. Vor allem die Anzahl und Artenvielfalt der Bestäuber, der Bienen, Hummeln und Schmetterlinge ging immer weiter zurück. Das hängt zusammen mit dem Pestizideinsatz in der Landwirtschaft und dem Rückgang der natürlichen Lebensräume. Wir möchten wissen, wie hoch der derzeitige Anteil artenreicher Blumenwiesen in unserer Stadt ist. In welcher Größenordnung kommt eine Ausweitung der für die Natur wertvollen Wiesenflächen infrage und in welcher Höhe entstehen Mehrkosten durch die Abfuhr des Mähgutes, das notwendig ist, damit besonders artenreiche Magerwiesen entstehen. In welchem Maß verpachtet die Stadt landwirtschaftliche Flächen? Gibt es die Möglichkeit, für solche Flächen ein Verbot insektengefährdender Pestizide in die Pachtverträge aufzunehmen?

4.) Einführung eines Doppelhaushaltes ab dem Haushaltsjahr 2019. Begründung: Ein Doppelhaushalt hat in mehrerer Hinsichten Vorteile: Das bisher abgewickelte aufwendige und lange Haushaltsaufstellungsverfahren entfällt für das zweite Haushaltsjahr. Der Arbeitsaufwand in der Verwaltung wird also erheblich reduziert. Dieser Umstand entlastet die Verwaltung, die dadurch freie Kapazitäten für andere Aufgaben bekäme. Selbstverständlich reduziert sich der Arbeitsaufwand für den Gemeinderat ebenso. Ein weiterer Vorteil liegt sowohl in der Planungssicherheit für die Verwaltung (z.B. für die in der Regel längerfristigen Bauprojekte) als auch in der Planungssicherheit der Empfänger kommunaler Leistungen wie z.B.

Stadtjugendring, Stadtpasempfänger oder Vereine. Eine verbindlichere Planungssicherheit ist somit also gegeben. Mit einem Doppelhaushalt kann auch erreicht werden, dass zu Beginn des zweiten Jahres ein beschlossener Haushaltsplan vorliegt und damit eine vorläufige Haushaltsführung vermieden werden kann wie dies in den letzten Jahren üblich war. Investitionen könnten dadurch rechtzeitig in Auftrag gegeben werden. Hieraus ergibt sich auch die Chance, über den länger verfügbaren Zeitraum Haushaltsreste auf ein Minimum zu reduzieren.

5.) Die Stadt Leinfelden-Echterdingen prüft, in welchem Zeitraum sich Investitionskosten für LED Flutlichtanlagen für die städtischen Sportplätze im Verhältnis zu den Betriebskosten amortisieren unter Berücksichtigung öffentlicher Fördergelder. Begründung: Neben dem geringen Energieverbrauch haben LED Lampen eine längere Lebensdauer und geringere Wartungskosten. Entsprechende Verkabelung und Steuertechnik vorausgesetzt, können die Lampen sparsam geschaltet und so das Flutlicht in der Dämmerung an das Tageslicht angepasst werden. Das spart Energiekosten und vermeidet CO₂.

6.) Für die Echterdinger Hauptstraße wird eine Lkw-Durchfahrtsverbotszone eingeführt. Begründung: Die Feinstaubbelastung in der Echterdinger Hauptstraße erfordert schnelle und finanziell darstellbare Maßnahmen, zumal eine Klage der Deutschen Umwelthilfe droht. Eine schnell umsetzbare Maßnahme ist das LKW-Durchfahrtsverbot für die Echterdinger Hauptstraße. Ähnlich wie in Ostfildern ist der Lieferverkehr frei, eine reine Durchfahrt aber verboten.

7.) Wir bitten um Auskunft, ob der von den Stadtwerken eingekaufte Ökostrom ein Gütesiegel trägt bzw. welche Zertifizierung er hat. Begründung: Ein ernstzunehmendes Gütesiegel erhält, wer drei Kriterien erfüllt: Der Strom stammt zu 100% aus erneuerbaren Energien. Der Stromanbieter fördert mit einem bestimmten Beitrag pro verkaufter Kilowattstunde den zusätzlichen Ausbau erneuerbarer Energien. Die Strompreise beinhalten diesen Förderbeitrag. Er liegt bei Privathaushalten bei 1 Cent je Kilowattstunde. Der verkaufte Strom stammt von einem Anbieter, der Kohle- und Atomstrom in seinem Angebot nicht führt. Zertifikate, die keine Garantie bieten, dass der erworbene Strom tatsächlich aus erneuerbaren Energien stammt, tragen nicht zur Reduzierung von CO₂ bei.

8.) Wir bitten um einen Bericht über die Bemühungen, EU-, Bundes- und Landeszuschüsse für den Breitbandausbau zu erlangen. Begründung: Nach wie vor werden von den 3 genannten politischen Ebenen Fördertöpfe für Breitbandnetze aufgesetzt (Connecting Europe Broadband Fund, Bundesprogramm zum Breitbandausbau in Deutschland, Breitbandförderung im Rahmen der Breitbandinitiative Baden-Württemberg II, KfW-Fördermittel)). Wir bitten um einen Bericht der Bemühungen und Erfolgsaussichten, bzw. der erhaltenen Fördermittel.

9.) Wir erbitten einen Bericht über den Sachstand der geplanten Wohnbaugesell-

schaft. Begründung: Im Oktober 2015 wurde der Ausarbeitung eines Konzeptes zur Gründung einer Wohnbaugesellschaft zugestimmt. Seither gab es so gut wie keine relevanten Informationen mehr zum Sachstand der Ausarbeitung. Daher bitten wir um einen entsprechenden Sachstandsbericht mit zu erwartender Zeitschiene.

10.) Wir bitten um ein neues Konzept zur Parkraumbewirtschaftung auf öffentlichen Flächen. Auf den Prüfstand muss der Umgang mit Anwohner- und Besucherparkausweisen. Dabei sollen abgasarme Autos kostenfrei auf allen gebührenpflichtigen und für Anwohner reservierten Stellplätzen im öffentlichen Straßenraum parken. Voraussetzung ist, dass die Autos die Anforderungen des Elektromobilitätsgesetzes erfüllen und mit einem E-Kennzeichen ausgestattet sind. Begründung: Es ist nicht erkennbar, nach welchem System Anwohner- und Besucherparkausweise an die Haushalte ausgegeben werden. Wir fürchten eine weiter ansteigende Weitergabe von Besucherparkausweisen an Auswärtige, die dann als kostenfreie Park and Ride oder Park and Fly Tickets missbraucht werden. Angesichts einer hohen Schadstoffbelastung in Leinfelden-Echterdingen sollen Anreize für rein elektrisch betriebene Fahrzeuge, von außen aufladbare Hybridfahrzeuge sowie Brennstoffzellenfahrzeuge geschaffen werden, um den Ausstoß von Stickoxiden zu vermeiden.

11.) Die Stadt Leinfelden-Echterdingen überarbeitet ihren Wegeplan für radfahrende SchülerInnen mit Hilfe des neuen Radschulwegplaners Baden-Württemberg. Begründung: Leinfelden-Echterdingen hat einen Schulwegplan, der die fahrradgeeigneten Hauptverbindungen zwischen den Ortsteilen und innerhalb der Ortsteile festlegt. Er erfasst jedoch nicht die Schulwege abseits der Haupttrouten. Der neue Baden-Württembergische Radschulwegplaner beruht auf einem webgestützten Geoinformationssystem. Damit können Schülerinnen und Schüler ihre täglich mit dem Fahrrad gefahrenen Schulwege am PC selbst erfassen und auf Problemstellen entlang ihres Schulwegs aufmerksam machen. Die Kommune kann über das Planwerkzeug auf die erhobenen Daten zugreifen. Diese Informationen fließen in den Radschulwegplan ein. Problemstellen lassen sich beheben. Damit werden die individuellen Radwege für Schülerinnen und Schüler aber auch für andere Radverkehrsteilnehmer sicherer.

12.) Die Stadt prüft, wie das neue Car-Sharing Gesetz, das am 1.9.2017 in Kraft getreten ist, in unserer Stadt umgesetzt werden kann. Begründung: Unter der Voraussetzung, dass Car-Sharing Teilnehmende keinen eigenen PKW besitzen, können pro miteinander geteiltem Auto einige private PKW eingespart werden. Das würde bedeuten, dass mit reservierten Stellplätzen kein öffentlicher Parkraum entzogen, sondern im Gegenteil der Parkdruck im Innenbereich und in den Quartieren gemindert werden könnte. Gibt es allgemeine Carsharing Plätze in unserer Stadt? Gibt es die Möglichkeit, diese Plätze deutlich sichtbar auszuweisen?

Ist es möglich, dass solche Plätze exklusiv von Car-Sharing genutzt werden? Können Parkgebühren für Carsharing Autos aufgehoben werden?

13.) Die Stadt stellt fest, ob sich das bereits angebotene VVS Hotel Ticket auch für Hotelgäste in Leinfelden-Echterdingen lohnt bzw. ob das Angebot dazu beitragen könnte, Autoverkehr in und um die Stadt herum zu vermeiden. Begründung: Als Messestadt mit einer überdurchschnittlichen Anzahl von Hotels und einer guten Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr, könnte ein solches Ticket dazu beitragen, Autoverkehr zu vermeiden. Bei Buchung von Hotelübernachtungen in den teilnehmenden Partnerhotels erhalten Gäste mit ihrer Buchungsbestätigung das VVS-Hotel Ticket. Es gilt für eine Aufenthaltsdauer von längstens acht Tagen für Fahrten mit allen Bussen und Bahnen im gesamten VVS-Verbundgebiet.

14.) Wir bitten zu prüfen, was es die Stadt kosten würde, sich der Tarifzone 20 des VVS anzuschließen. Begründung: Es gibt Überlegungen, den Flughafen eine Zone näher an die Landeshauptstadt zu rücken. Im Zuge dessen sollte geprüft werden, ob dies für die gesamte Stadt möglich ist und was das kosten würde. So kauft sich die Stadt Fellbach beispielsweise schon länger in die Zone 20 ein, was das Fahren mit dem ÖPNV nach Stuttgart ungemein attraktiver macht.

SPD-Fraktion

Sehr geehrter Damen und Herren, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, mit dem Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2018 kann sich der Gemeinderat nun erneut rechtzeitig vor Beginn des kommenden Haushaltsjahres auseinandersetzen. Und hier beginnt schon die erste Herausforderung. Es war für uns Gemeinderäte vor Einführung des neuen kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens deutlich leichter, Einzelpositionen zu finden, zu bewerten und zu hinterfragen.

Es stellt sich daher die Frage, die bei den anstehenden Beratungen zu diskutieren ist, ob für den Gemeinderat die einmal jährlich stattfindende Diskussion über den kommunalen Haushalt der Stadt Leinfelden-Echterdingen ausreichend ist oder ob wir die Steuerung der Handlungsfelder nicht laufend ausüben sollten oder müssen. Denn: Die Einführung des NKHR ist mehr als nur eine Umstellung des Buchhaltungssystems. Der weitaus bedeutsamere Teil des Systemwechsels besteht in der Veränderung der Steuerungsprozesse. Die Implementierung des neuen Steuerungsmodells ist eine fundamentale Voraussetzung dafür, dass die öffentliche Hand die sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht stetig steigenden Anforderungen an die Erfüllung öffentlicher Aufgaben, in Zukunft überhaupt noch bewältigen kann. Durch die jetzt vorzunehmenden Abschreibungen stehen für spätere Renovierungen oder Neubauten die zurückgelegten Mittel wieder zur Verfügung.

Der Fachbegriff hierfür ist die ‚Intergenerationale Gerechtigkeit‘. Aber bewältigt das Gremium die ihm per Gesetz zugewiesene Kontroll- und Steuerungsfunktion angesichts der Nichtsichtbarkeit einzelner Handlungen innerhalb der Verwaltung? Wir fordern deshalb mehr Hinweise zu den Haushaltspositionen in den Unterlagen.

Am 28. April 2015 hat der Gemeinderat die strategischen Handlungsfelder definiert. Diese sind

- Bildung und Jugend
- Infrastruktur und Verkehr
- Stadtentwicklung

Handeln die Verwaltung und der Gemeinderat stets nach diesen selbst beschlossenen Schwerpunkten? Ich glaube nein, wir erinnern an Diskussionen um die rechtzeitige und ausreichende Zahl von Kinderbetreuungsplätzen, Schulkindbetreuung und Schulgebäudesanierung, um nur einige Stichpunkte zu nennen. Welche teils wirklichkeitsfremden Vorschläge kamen zum Thema Schulkindbetreuung, welchen Weg schlagen wir mit der Privatisierung der Kleinkindbetreuung ein? Wie lange dauert es, bis wir endlich den sozialen Wohnungsbau in Gang bringen?

Wie lautet der Auftrag: Die Stadtverwaltung LE bietet allen Bürgerinnen und Bürgern umfassende Kommunaldienstleistungen und erzeugt ein Höchstmaß an Bürgerzufriedenheit. Die Stadt LE arbeitet zukunftsorientiert und gemeinwohlorientiert (siehe Seite 471 HHP1 2018). Soviel zunächst im Vorspann.

Steigende Einnahmen aber auch steigende Aufgaben und Ausgaben

Dank der guten Struktur und Ertragskraft der in LE ansässigen Unternehmen und des stetig steigenden Anteils an der Einkommenssteuer -auch bedingt durch den Zuzug junger, dem Arbeitsmarkt zur Verfügung Personen, steht die Stadt finanziell gut da und hat daher Spielraum, die Aufgaben einer Stadt, die entsprechende Infrastruktur für die Menschen die hier Leben und Arbeiten, bereitstellen zu können. Das vorläufige Rechnungsergebnis des Haushaltes 2016 zeigt auf, das die jährlich geplanten Investitionen, vor allem die städtischen Bauvorhaben, in der Realität nicht umgesetzt werden. Nehmen wir uns also zu viel vor oder kommt die Verwaltung der Aufgabenfülle nicht nach oder sowohl als auch?

Ich untermaure das mit den Zahlen aus dem Haushaltsbericht 2018 für das abgerechnete Jahr 2016:

Von den vorgesehenen Investitionen in Höhe von rd. 37,6 Mio. Euro wurden lediglich rd. 16 Mio. Euro ausgegeben. Nicht gespart! Wir schieben Vorhaben aus welchen Gründen auch immer vor uns her, die am Ende dann meist auch noch teurer werden. Auch im Jahre 2017 sind nicht alle Investitionen zur Umsetzung gekommen. Daher ist davon auszugehen, dass wie schon 2015 und 2016 die Stadt einen weiteren Zuwachs an liquiden Mitteln haben wird. Bei der jetzigen Nullzinspolitik einerseits, den steigenden Bauindexkosten auf der Ausga-

benseite andererseits ist dies kein gutes Wirtschaften.

Wir wollen, dass sich dies ändert und fordern dazu eine offene Diskussion über die Leistungsfähigkeit, die Führungs- und Controlling Mechanismen im Baudezernat.

Die Verwaltung schlägt vor, nicht verbrauchte Mittel im Rahmen von „Ermächtigungüberträgen“ (sic!) künftig ins neue Haushaltsjahr zu übertragen. Dies findet dann nach Abschluss des Kalenderjahres statt und ist damit für den Gemeinderat nicht transparent. Deshalb stellen wir den Antrag sämtliche Ermächtigungüberträge in ihrer Höhe darzustellen mit Begründung, warum diese Mittel nicht abgeflossen sind und ggf. der daraus entstehenden Folgen auf die Arbeitsbelastung und der sich daraus ergebenden neuen Verschiebungen laufender oder noch nicht begonnener Projekte.

Die vorhandene Liquidität von über 75 Millionen Euro ist auch auf diese beschlossenen, aber noch nicht abgeflossenen Mittel, zurückzuführen. Die Aufgabenfülle sowohl im investiven Bereich (Kindergartenplätze, Sanierung von Schulen, Hallenbad, Bau von bezahlbarem Wohnraum, Ausgaben zur Verkehrsinfrastruktur sw.) als auch die zunehmenden Verwaltungs- und Dienstleistungsaufgaben verlangen nach verantwortungsbewusstem Umgang mit dem Geld der Steuerzahler.

In der Antwort zu unserem Antrag vom 26.2.2017 bezüglich des Sanierungsbedarfes an den 9 Schulen unserer Stadt teilt uns OB Klenk mit, dass allein dies eine umfangreiche Aufgabe darstellt, die kurzfristig nicht leistbar ist. Leider fehlen auch in der mittelfristigen Investitionsliste dazu Zahlen. Es dürften sich aber um 2-stellige Millionenbeträge handeln. Der Neubau der Turn- und Festhalle Musberg ist deutlich teurer als ursprünglich angenommen. Bei der Filderhalle wird wohl der Finanzrahmen auch vollständig ausgeschöpft werden müssen.

Wir haben also allen Grund, nicht nur auf die derzeitige Liquidität und die sprudelnden Einnahmen zu schauen und uns gerne auch über letzteres zu freuen, sondern auch den Blick auf das was noch zu tun ist, auf das absolut Notwendige zu richten.

Zukünftige Entwicklung der Stadt LE im Ballungsraum Stuttgart

Beim Gespräch von Fraktionsvertretern und dem Vorstand der Industrie-u. Wirtschaftsvereinigung (IWV) wurde von Seiten die IWV ein Thema angesprochen, das der SPD-Fraktion schon seit langem ebenfalls wichtig ist, aber auf einer Klausurtagung vor einigen Jahren und auch danach leider keine Mehrheit fand. Es geht um das Thema „In welche Richtung entwickelt sich die Stadt Leinfelden-Echterdingen“. Wie soll die Zukunft aussehen, welche Infrastruktur brauchen wir? Was können wir uns - wollen wir uns leisten?

Es wäre an der Zeit, jetzt und gerade zu Beginn einer neuen Amtszeit des Oberbürgermeisters darüber intensiv Gedanken zusammenzutragen und daraus Leitlinien für die kommenden Jahre zu entwickeln.

Dabei soll auch über den Standard unserer Investitionen gesprochen werden. Beispiel ist für mich der geplante Luxusausbau der Schubertstraße in Unteraichen, die nach dem Konzept vom Büro Praxl und Partner eine völlig untergeordnete Bedeutung hat. Wenn wir künftig nach diesem Standard unsere Wohnstraßen ausbauen, haben wir kein Geld mehr für alle anderen Dinge.

Bei der Flächen- und Baulandentwicklung, vor allem auch bei der Verkehrsinfrastruktur, ob es um die Verlängerung der U5 bis zunächst nach Echterdingen, eines verbesserten Buslinien-Angebotes oder einer leistungsfähigeren Nord-Süd-Straße auf Markung Stuttgart mit ggf. einem direkteren Anschluss an die A 8 und dem Bau des Nordabschnittes in Leinfelden oder um den Bau der Nordspange in Unteraichen geht, sind wir auf Zusammenarbeit mit Stuttgart und bei der Finanzierung der Verkehrsprojekte auf Mittel von Land und Bund angewiesen.

Im Technischen Ausschuss am 10.Okt.2017 wurde von der GMA eine Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes der Stadt Leinfelden-Echterdingen vorgestellt. Diese Fortschreibung enthielt wenig Neues. Es zeigt sich aber auch in anderen Städten immer mehr, dass die Attraktivität der Innenstädte ausgebaut werden muss. Hier müssen wir nochmals über die Instrumente nachdenken, um diese Ziele zu erreichen. Wir erwarten eine intensive Befassung der Gremien mit diesem wichtigen Thema.

Personelle und finanzielle Ressourcen

Wie schon angesprochen, ist die Personalsituation in einigen Bereichen problematisch und führt zu Verzögerungen beim Umsetzen der Vorhaben, an anderen Stellen zu langen Bearbeitungszeiten, zu Überbelastungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und zu weiteren Ausfällen. Wir beantragen deshalb, dass im Verwaltungsausschuss über die Personalgewinnung, die Altersstruktur, der Fachkräftemangel, die Weiterbildungsmöglichkeiten und die Räumliche Unterbringung diskutiert wird.

Die angekündigte Senkung der Kreisumlage bis zum Jahre 2021 entlastet unsere Stadt um voraussichtlich mehr als 11 Mio. Euro. Wir gehen davon aus, dass nach Abschluss der Beratungen andere Eckdaten des Haushaltsplans ebenfalls geändert werden. So ist nach unserer Auffassung der angesetzte Betrag der Gewerbesteuer nach dem erwarteten Ergebnis in 2017 mit 46 Mio. um mind. 10% zu niedrig angesetzt, denn nichts deutet darauf hin, dass die wirtschaftliche Situation im kommenden Jahr weniger gut ist.

Die nach NKHR vorzunehmenden Abschreibungen auf Anlagegüter fallen zunächst geringer aus als vorgesehen, liegt aber an den bereits angesprochenen nicht oder nicht in vollem Umfang durchgeführten Investitionen. Wenn diese aber immer teurer werden als geplant, steigt logischerweise dadurch auch der Abschreibungsbetrag.

Forderungsschwerpunkte der SPD-Fraktion:

- zügige Durchführung der beschlossenen Baulandkonzeption.
- langfristiges Programm zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum.
- zeitnaher Ausbau weiterer Kinderbetreuungseinrichtungen, da im Jahr 2019 sich erneute eine größere Lücke auftut. Die Fakten liegen auf dem Tisch.
- Schulgebäudesanierung angehen, bevor der Schaden größer wird.
- Digitalisierungsinitiative für alle Schularten (Fördermittel stehen bereit).
- transparentes Liquiditätsmanagement, Vermeidung von Strafzinsen für Guthabenanlagen, Risikovermeidung wegen Wegfalls der Einlagensicherung für Kommunale Gebietskörperschaften (Antrag bereits gestellt).
- Verschlinkung der Entscheidungsabläufe innerhalb der Verwaltung.
- Personalaufbau, um Engpässe und Verzögerungen zu vermeiden.
- Kompetentere Sitzungsleitung mit Zeitmanagement
- Gemeinderatsaufgaben ernst nehmen. Wir arbeiten manchmal 3 Tage in der Woche in den städtischen Gremien. Die Sitzungsdauer sollte nur in wenigen Ausnahmefällen über 22.00 hinausgehen (Mehrere Sitzungen gingen zuletzt bis fast um Mitternacht).
- Bessere Abstimmung innerhalb der Dezerenate. Beispiel: Anschlussunterbringung Renaultgelände, ausführliche Diskussion über die Vorlage der Verwaltung. Dann wird eine Sitzung später, bei gleicher Faktenlage, ein vollkommen anderer Vorschlag eingebracht, der dann wiederum eine Sitzung später zum Teil wiederum in Frage gestellt wird.

Ich fasse zusammen: Unsere Stadt hat kein Finanzproblem sondern ein Führungs- und Personalproblem.

Angesichts der Mittelverschwendung, die wir in vielen Bereichen feststellen und angesichts der hohen Steuereinnahmen aus der Gewerbesteuer und aus dem Anteil der Einkommenssteuer kündigen wir an, dass wir eine erneute Gebührenerhöhung bei der Kinderbetreuung ablehnen werden. Wir werden uns auch darüber unterhalten müssen, ob die Wertgrenzen, die der Verwaltung zugestanden worden sind, wieder zurückgenommen werden müssen.

Zu den Stadtwerken

Die Stadtwerke sind ein wichtiger Teil der Daseinsfürsorge. Ob Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und -reinigung, ob der Baubetriebshof, der Winterdienst oder seit einigen Jahren auch die Versorgung der Einwohnerschaft mit Strom und Gas. Die Geschäftsfelder unserer Stadtwerke sind zwischenzeitlich sehr umfangreich. Die Geschäftsleitung und die Mitarbeiter haben es bislang bewiesen, dass Kostengünstig Und wirtschaftlich gearbeitet wird. So sind keine größeren Gebührenerhöhungen vorgesehen.

Die SPD-Fraktion dankt an dieser Stelle allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die im Dienste der Stadt Leinfelden-Echterdingen stehen, für ihren Einsatz. (Erich Klausen)

Anträge der SPD-Fraktion zum Haushalt 2018

Sanierung Schulen

Der Sanierungsstau bei den Schulen ist bekannt. Warum sind keine Mittel in der mittelfristigen Finanzplanung eingestellt?

Mobilität

- Konzept um die Stickoxidbelastung zu reduzieren: die Stadtbusse der Linie 38 sollen baldmöglichst auf Hybridantrieb oder Elektromobilität umgestellt werden.

- Vor der Lammkreuzung sollen Schilder angebracht werden „Bei Rot bitte Motor abstellen“

- Bei Stau auf der B27 kollabiert der Verkehr auf der Esslinger Straße in Richtung Friedhofskreisel. Ein Grund dafür ist der Rückstau von der Lammkreuzung, verursacht durch die Linksabbieger von der Plieninger- in die Hauptstraße. Es soll geprüft werden, ob eine längere Grünphase für die Linksabbieger – bei gleichzeitigem Rot für den entgegenkommenden Verkehr zu einem besseren Verkehrsfluss führt.

Einrichtung von Radschnellwegen

Beginnend mit den Kommunen Böblingen, Sindelfingen und Schönaich soll die Verwaltung soll auf die Nachbarkommunen zu gehen mit dem Ziel Radschnellwegverbindungen zu erstellen. Dabei sollen insbesondere Fördermittel der Region und des Bundes berücksichtigt werden. Bereits heute fahren viele von LE zum Arbeiten nach Böblingen und Sindelfingen mit dem Rad. Mangelnder Ausbau, Beleuchtung und Beschilderung hält jedoch heute viele davon ab ebenfalls das Auto stehen zu lassen und mit dem Rad zur Arbeit zu fahren. Im Sinne einer Nachhaltigen Verkehrsentwicklung würden von gut ausgebauten Fahrrad-schnellwegen die verbundenen Kommunen gleichermaßen profitieren.

Geschwindigkeitsreduzierung B27

Es ist aus Lärmschutzgründen eine dauerhafte Geschwindigkeitsreduzierung auf der B27 zwischen Echterdinger Ei und der Überdeckelung zu erreichen. Die Wohnbebauung im Echterdinger Norden ist in den letzten Jahren ganz nah an die B27 herangerückt. Die B27 wird dort in Hochlage und ohne Lärmschutzwände geführt. Ein Rechtsanspruch auf eine Lärmschutzmaßnahme besteht wohl erst, wenn ein Umbau stattfindet. Aber bereits heute würde eine Geschwindigkeitsreduzierung zu einer geringeren Lärmbelastung in einem stark verlärmten Gebiet führen. (B27, A8, Triebwerkwarmlaufen vom Flughafen, Flieger, Buslinien, SBahn)

Mobilitätskonzept

- Die SPD-Fraktion will keine weiteren teuren Wettbewerbe. Der Rückzug von Car2go aus der Fläche zeigt, dass das Konzept bislang wirtschaftlich nicht tragfähig ist.

- Darstellung der einzelnen Kosten (Summe 1,7 Mio. Euro abz. 0,5 Mio. Euro Zuschuss)

- Bau von Mobilitätspunkten im TA vorstellen. Bericht über die Akzeptanz der Fahrrad-einstellboxen

Straßensanierungen

Wir fordern eine Diskussion über die Standards bei Straßensanierungen.

Darstellung und Erläuterung folgende Positionen:

Seite 187 Investitionen Radarfahrzeuge/stationäre Anlagen, was wird gemacht? Seite 205 Sanierung Schönbuchschule, reicht der Ansatz von 2,2 Mio, was kann damit saniert werden und was ist dann noch zu tun? Seite 220 Schulträgeraufgaben: Zuschuss 350.000 Euro, für was? Seite 261 Förderung Religionsgemeinschaften. Beispiel dafür, dass ein kurzer Hinweis genügen würde um den Grund dieser Förderung aufzuklären (Kirchturmbeleuchtung). Seite 352 Ansatz 40.000 Euro für Liegenschaft u. Gebäudemanagement. Seite 357 Erlös aus Verkauf Haldenareal. In 2018/2019 nicht realistisch. Seite 451 Interimsgebäude Renaultgelände. Es sind für das HHJahr 2018 2 Mio. Euro eingestellt. Lt. Aussage der Verwaltung ist dies obsolet.

Planungsrate für Hallenbad Leinfelden. Wer soll die Projektleitung- u. Überwachung übernehmen (Personal)?

Außensportanlage Goldacker, wo gab es dazu eine Vorlage/Beschluss?

Steigerung der Kosten bei Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Steigerung der Kosten bei der Wirtschaftsförderung

Relativ geringe Kostensteigerung beim Einwohnerwesen, Ursachen?

Gesetzesänderungen

Mit welchen Mehraufwendungen an Personal und Kosten muss auf Grund des neuen ab 1.11. gültigen Meldegesetzes für Prostituierte gerechnet werden. Welche Zuschüsse gibt es von Land/Bund. Gibt es Initiativen des Städtetages?

Kultur

Ein Bericht über die Tätigkeit der Volkshochschule erfolgt in der kommenden Sitzung des Kulturausschusses.

Wir bitten zu prüfen, ob das Repair Café LE im internationalen Repaircafé Verzeichnis aufgenommen werden kann, wie z.B. bereits Vaihingen, Plieningen oder Filderstadt <https://repaircafe.org/de/locations/repair-cafe-filderstadt/>

Internes

Wir fordern bessere Terminabsprachen zur Vermeidung von Terminkollisionen für die Gemeinderäte. Leider hat sich die Situation nicht wesentlich geändert.

Änderung bei Stellenausschreibungen

Die Stadt sucht laufend Personal und gibt für Stellenausschreibungen hohe Summen aus. Wir schlagen vor durch eine Zusammenfassung Kosten einzusparen. Die dadurch größeren Anzeigen erhalten zudem mehr Aufmerksamkeit.

Stadtwerke

Energiewende. Der Zukauf aus alten skandinavischen Wasserkraftwerken leistet keinen Beitrag zur Energiewende. Der Ökostrommix der Stadtwerke sollte daher selbst produziert werden, oder aus Quellen stammen, die in den Ausbau Erneuerbarer Energiequellen investieren. Um die Energiewende vor Ort voran zu bringen soll der Gewinn aus dem Verkauf des Ökostroms in LE für den Ausbau regenerativer Energiequellen in LE eingesetzt werden.

E-mobilität. Die Stadtwerke sollen das Bereitstellen von Ladestationen für E-Mobilität als Geschäftsfeld prüfen

Fraktion LE Bürger/FDP

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Gemeinderäte, liebe Bürgerinnen und Bürger, als Allererstes freuen wir uns darüber, dass die Stadt LE auch dieses Jahr den kommenden Haushalt 2018 schon im Herbst 2017 einbringen, besprechen und verabschieden werden. Dafür zunächst einen Dank an alle, die sich hierfür eingesetzt haben und deren Arbeit wir dies zu verdanken haben. Wenn der Haushalt jetzt noch planmäßig nach dem Haushalt des Kreises eingebracht wird, können auch die Umlagen des Kreises auf einer solideren Grundlage berechnet werden. Seit der Haushaltseinbringung des Kreises am 05.10.2017 wissen wir, dass die Kreisumlage um 1% niedriger sind als geplant und damit unser Ergebnis im kommenden Jahr nochmals deutlich besser sein wird. Damit sind die uns vorliegenden Zahlen eigentlich schon überholt.

Schon das Ergebnis des vorgelegten Haushalts ist erfreulich: Er weist einen Überschuss von 2,2 Mio. Euro aus. Allerdings wird bereits ab dem Jahr 2019 mit negativen Ergebnissen gerechnet.

Diese Skepsis teilen wir nicht. Allerdings nicht, weil wir glauben, dass die Einnahmen der Stadt auf alle Ewigkeit steigen werden. Tatsächlich hatten wir in den vergangenen Jahren Rekordergebnisse, die zu dem positiven Ergebnis geführt haben. Aber hierfür gibt es keine Garantie. Nein, unsere positive Sicht auf die kommenden Haushalte beruht darauf, dass wir nicht glauben, dass wir die von uns geplanten Investitionen in diesem Jahr, aber auch in den kommenden Jahren tatsächlich tätigen können.

In den vergangenen Jahren hat sich gezeigt, dass wir mit riesigen Investitionssummen in die Haushaltsplanungen gegangen sind. In keinem einzigen Jahr haben wir es geschafft, auch nur die Hälfte der Investitionen tatsächlich umzusetzen. So hatten wir für das Jahr 2015 Investitionen von 45 Mio. Euro geplant, aber nur rund 20 Mio. Euro tatsächlich investiert. Für das Jahr 2016 waren Investitionen von rund 40 Mio. Euro geplant, im vorläufigen Ergebnis stehen investierte 16 Mio. Euro. Im laufenden Jahr wollen wir 34 Mio. Euro investieren und im kommenden Jahr - um das es bei dieser Haushaltsrede geht - stehen 32 Mio. Euro zur Investition an. Und wir prognostizieren, dass wir beides erneut nicht erreichen werden.

Die Schwarzmalerei, was unsere künftigen Haushalte betrifft, teilen wir daher nicht in dem Maß, wie es die Verwaltung an die Wand gemalt hat. Nicht, weil wir nicht die Risiken bei den Einnahmen sehen. Sondern weil wir an die Realisierung unserer Ausgaben nicht glauben.

Diesen Zustand bewerten wir aber nicht als

positiv. Regelmäßig plant die Stadt mehr Projekte und Bauvorhaben, als wir umsetzen können. So werden Personalressourcen und Geld für Planungen verschwendet, die am Ende nicht oder viel später realisiert werden. Dann aber wenn es wirklich soweit ist stimmen die Finanzierungssummen nicht mehr, die Rahmenbedingungen haben sich geändert oder Stand der Technik hat sich weiterentwickelt – und es werden nochmals neue Planungen notwendig die auch wieder Geld kosten.

Wenn wir geplante Vorhaben nicht in der gesetzten Zeit umsetzen, sind unsere Planungen nicht gut. Ganz im Gegenteil. Wenn wir uns etwas vornehmen, sollten wir auch dafür sorgen, dass wir das umsetzen können.

Dieses Manko der vergangenen Haushalte hat die Verwaltung offensichtlich erkannt. Sie hat für die kommenden Haushalte vorge schlagen, für nicht verwendete Investitionsmittel das Instrument der „Ermächtigungsüberträge“ zu nutzen, d.h. Investitionsmittel, die nicht verbraucht werden, im neuen Haushalt nicht als „neue“ Investitionsmittel anzusetzen. Sondern sie sozusagen als bereits „genehmigte“ Ausgaben ins neue Jahr mitzunehmen.

Diese Form, die Investitionsmittel zu übertragen, behebt das eigentliche Problem nicht.

Das Problem ist, dass wir gar nicht so viel bauen, sanieren, planen und erwerben können, wie es eigentlich für die Bürgerinnen und Bürger, für die Betriebe in unserer Stadt notwendig wäre.

Die Ermächtigungsüberträge würden nicht dabei helfen, unsere Arbeit in diesem Bereich zu erledigen. Sie würden aber unser Umsetzungsdefizit verdeutlichen. Deswegen begrüßen wir diese Maßnahme, beantragen aber gleichzeitig, dass wir mit dem Haushalt eine jährliche Übersicht erhalten, wann welche Überträge für welche Projekte aus welchem Jahr letztendlich gemacht wurden und wie der Mittelabfluss für diese Projekte in den laufenden Haushalten ist. Damit kann man unseren Planungsverzug auch bei den Finanzen nachvollziehen.

Besser wäre es allerdings, wir würden nur das Planen was wir auch wirklich realisieren können und realisieren war wir planen.

Aus unserer Sicht gibt es drei Wege, um regelmäßige Ermächtigungsüberträge zu vermeiden.

Der erste Weg ist das Einstellen von mehr Personal, um die Investitionen tätigen zu können. Neben dem Unwillen des Gremiums, der Verwaltung mehr Personal zu bewilligen, dürfte dieser Weg am Fachkräftemangel scheitern. Sollte die Verwaltung hier anderer Meinung sein – unsere Fraktion stand einer Aufstockung des Personals im Bauamt offen gegenüber.

Ein weiterer Weg wäre eine realistische zeitliche Planung für unsere städtischen Projekte. Wenn wir uns nicht mehr vornehmen, als wir abarbeiten können, würden deutlich weniger Investitionsüberträge notwendig werden. Mit der daraus gewon-

nen Erkenntnis, dass wir eben nicht alles stemmen können, was wir wollen, wäre der Gemeinderat gezwungen, endlich eine Priorisierung unserer Vorhaben vorzunehmen. Etwas, das wir schon mehr als einmal in den Sitzungen angemahnt haben.

Und wenn wir unsere Projekte endlich realistisch planen, priorisieren und merken, dass wir ein uns wichtiges Projekt nicht einem guten Zeitrahmen schaffen, können wir auf dieser Grundlage auch externe Dienstleister für unsere Projekte in Anspruch nehmen. Ja, richtig. Die Projekte werden dadurch teurer. Aber die Dinge, die uns wirklich wichtig sind, werden dann wenigstens endlich realisiert.

Letztlich sollten wir überlegen, welche Projekte tatsächlich kommunal und welche privat gemacht werden können. Mit dem Betrieb der Filderhalle betreibt die Stadt einen Veranstaltungsort, welcher in direkter Konkurrenz zu privaten Anbietern steht. Hier stellt sich die Frage, ob der Betrieb nicht ollständig veräußert oder wenigstens verpachtet werden kann. Die Frage der Verpachtung betrifft nicht nur die Finanzen, sondern insbesondere auch die personellen Ressourcen der Stadt die durch die Filderhalle einschließlich ihrer Sanierung gebunden werden. Selbst wenn die Filderhalle nach den notwendigen Investitionen und Sanierungen Gewinne erwirtschaftet, bindet sie für die Verwaltung immer noch und weiterhin personelle Ressourcen. Und personelle Ressourcen sind in den heutigen Zeiten ein rares Gut in unserer Verwaltung, welches genauso umsichtig eingesetzt werden sollte wie unser Geld. Wenn sich unser Personal um Freiwilligkeitsleistungen kümmert bleibt weniger Zeit zur Verfügung sich um die Pflichtenaufgaben der Stadt zu kümmern.

I. Schulen

Eines der Projekte, die uns besonders am Herzen liegen, ist der Zustand unserer Schulen. Die Spitze des Eisbergs ist ein Unterrichtsausfall im vergangenen Winter, weil die Heizungsanlage einer Schule ausgefallen war. Wir kämpfen in unserer Stadt also nicht nur mit Lehrermangel, sondern auch mit einem teilweise desolaten Zustand unserer Schulen. In einer vergleichsweise wohlhabenden Stadt wie Leinfelden-Echterdingen ist es nicht nachvollziehbar, wie eine Schule – in diesem Fall die Goldwiesenschule - über zehn Jahre lang um einen Mauerdurchbruch für Ihre Schultoiletten kämpfen muss, damit die Jungs dieser Schule sich nicht eine Inntoilette teilen müssen.

Es ist nicht nachvollziehbar, dass eine gerade neu gemachte Schule, wie die Zepelinschule mit Musikschule, nach ihrer Fertigstellung bereits mehrfach Thema im Gemeinderat war, weil die Planungen zu kurz gesprungen waren. Und es ist gleichfalls nicht vermittelbar, dass wir im Bereich der chulkindbetreuung bereits die nächste große Herausforderung zu langsam angehen. Wir begrüßen zwar die neuen Ansätze von Bürgermeister Kalbfell, befürchten aber, dass die Planungen von der Ermittlung des

Bedarfs bis zum Bau der notwendigen Gebäude doch wieder zu lange dauern werden. Da wir wissen, dass die meisten oben genannten Themen nicht am fehlenden Willen, sondern an den fehlenden Möglichkeiten des Baureferats scheitern, fordern wir, dass die Verwaltung das Thema Schulsanierung priorisiert.

Die Wertschätzung der kommenden Generationen soll künftig auch in Leinfelden-Echterdingen wieder am Zustand der Schulgebäude abzulesen sein.

Um über den Umfang der notwendigen Sanierungsmaßnahmen einen Konsens herzustellen fordern wir eine Kommission bestehend aus der Verwaltung, insbesondere dem Hochbauamt, Mitgliedern der Gemeinderatsfraktionen, Mitgliedern des Jugendrats zu bilden die unsere Schulen besichtigen und einen Bericht hierüber erstellen. Bei der Besichtigung der jeweiligen Schulen sollen darüber hinaus noch die Schulleitung und der Hausmeister der Schule die Situation aus ihrer Sicht schildern.

Und wo wir schon beim Thema Schulen sind. Wir wollen nicht, dass jedes Kind schon in der Grundschule mit Handy und Laptop ausgestattet wird. Aber im Ernst – es wäre doch schön, wenn es wenigstens jeder Lehrer wäre. Wir leben im Jahr 2017, in dem private Fußballübertragungen mit Beamer an die Gartenwand geworfen werden und Schüler ab der fünften Klasse aktiv am Computer arbeiten. Da wäre es doch schön, wenn die Lehrer in den Grundschulen mit den entsprechenden Techniken arbeiten könnten und nicht mit einem Overheadprojektor – einer Errungenschaft aus dem Jahr 1913. Wenn wir unsere Schüler an das digitale Leben von morgen heranführen möchten, sollten sie mindestens mit den Techniken der heutigen Zeit unterrichtet werden.

Um überhaupt den Stand der Digitalisierung an unseren Schulen zu ermitteln, bitten wir, dass die Schulen in den regelmäßigen Berichten der Schulen im Gemeinderat diesen Punkt gesondert darstellen, insbesondere was die Ausbildung der Lehrer im Bereich der Digitalisierung (Nutzung als Lehrmittel) angeht. Die Stadtverwaltung bitten wir, uns mitzuteilen, welche Mittel im Haushalt den Schulen hierfür bereitgestellt werden.

II. Stetten

Im vergangenen Jahr ist Stetten in den Fokus der Stadtteilentwicklung gekommen. Zu Recht, wie viele Stettener finden. Allerdings hätten sich die Bürgerinnen und Bürger eine transparentere Form der Beteiligung gewünscht. Die Gesprächsrunden wurden in nicht nachvollziehbarer Weise zusammengesetzt. In der öffentlichen Gesprächsrunde vom 27.09.2017 waren im Wesentlichen Betroffene und Beteiligte anwesend. Dieser Umstand ist jedoch nicht der Verwaltung anzulasten. Es sollte aber zu denken geben, da das Verfahren laut Rückmeldungen uns gegenüber dazu geführt hat, dass sich manche „normale“ Bürger ohne Amt und Verein übergangen fühlten. Diese Form der Bürgerbeteiligung war auch bei dem Gespräch

um den Feuerwehrstandort in Stetten zu beobachten. Hier erreichen uns Rückmeldungen, die nahe legen, dass die Meinung der Feuerwehr in Stetten und die der Bürgermeistern nicht deckungsgleich ist mit der Meinung vieler Bürger in Stetten. Das alleine ist ja noch nicht schlimm. Schlimm ist aber, dass sich diese Bürger ignoriert fühlen. Und es ist für uns schon nachvollziehbar, dass sich diese Menschen fragen, ob ein Standort im Herzen eines Wohngebiets für eine künftige Stettener Stadtentwicklung wirklich der langfristig bessere Standort für die Feuerwehr ist als ein Standort am Rand der Durchgangsstraße. Wir bedauern daher sehr, dass der Standort Ungerhaldenweg so schnell und so endgültig aus dem Standortrennen genommen wurde. Wir glauben, dass die verkehrlichen Probleme, die letztlich zum Ausschluss dieses Standorts geführt haben, durchaus lösbar gewesen wären. Und damit hätten wir die Flächen in Stetten zu einer besseren Nutzung für die Bürgerinnen und Bürger verwendet können.

Aus unserer Sicht ist der Standort Ungerhaldenweg zudem nicht optimal für ein Seniorenheim. Eingeklemmt zwischen dem Parkplatz eines Discounters und einer Durchgangsstraße am Rande der Stadt über einem Drogeriemarkt ist nach unserer Meinung wohl kaum der richtige Wohnort für ältere Menschen in unserer Gesellschaft. Nie im Leben wäre jemand auf die Idee gekommen, hier eine Schule oder einen Kindergarten zu planen. Nie im Leben hätten wir eine solche Idee für gut befunden.

Gerade in Zeiten des demografischen Wandels gehören ältere Menschen in die Mitte unserer Gesellschaft. Das ist nicht nur menschlich gemeint. Auch räumlich finden wir, dass Alten- und Seniorenheime - wie übrigens Kindergärten und Schulen - in die Mitte einer Stadt, in die Mitte von Wohngebieten gehören. Unser eigener Altenhilfeplan sagt, dass „Jung und Alt“ zusammengehören. Für ein solches Projekt hätte sich das Haldenareal in Stetten bestens geeignet. Diese Chance ist aus unserer Sicht vertan, auch wenn die Planungen noch nicht abgeschlossen sind.

Wir wollen, dass für die weitere Entwicklung Stettens ein besseres und transparenteres Beteiligungskonzept entwickelt wird. Hierzu bitten wir um Vorschläge der Verwaltung. Diese sollen auch beinhalten, wie Bürgerinnen und Bürger informiert werden und wie Menschen zu einer höheren Beteiligung animiert werden können.

Am Beispiel des kommenden Stadtteilspaziergangs in Echterdingen zeigt sich, dass nicht alle Aktionen dazu geeignet sind „normale Erwerbstätige“ einzubinden. Ein Spaziergang dienstags um 17:00 Uhr ist für die meisten Menschen in LE einfach nicht machbar. Wir wollen daher innovative Konzepte, die über eine Ankündigung im Amtsblatt und in den Zeitungen hinausgehen und mehr Menschen erreichen als bisher. Ein solches Konzept soll als Blaupause für weitere Planungen der Stadt und Bürgerbeteiligungen genutzt werden.

III. Stadtwerke/ Stadtwerke Vertriebs GmbH

Zunächst einmal möchte ich ein großes Lob an die Ersteller des Haushalts für die Stadtwerke aussprechen. Da die Darstellung jährlich gleich ist, findet man sich in dem Haushalt hervorragend zurecht. Und jetzt zu einem kleinen Punkt, der den Kreis zum Beginn meiner Haushaltsrede schließt: In vielen Punkten ist der Haushalt nicht nur gleich, sondern identisch. Diese Anmerkung betrifft insbesondere die geplanten Investitionen der Stadtwerke. Bei den Erläuterungen zur Wärme- und Stromversorgung konnte der Punkt „Jakobsbrunnen“ zwischenzeitlich weitestgehend erledigt werden.

Die Punkte Neuanlagen Contracting, Neubau Photovoltaik, Optimierungsmaßnahmen für Quartierskonzepte oder die Investitionen für das Neubaugebiet Schelmenäcker sind gleich geblieben. Es kam nur noch der Punkt Neubau Verwaltungsgebäude hinzu. Ähnliches gilt auch für die Bereiche Parkierungsanlagen, Glasfasernetz und Stadtentwässerung. Nur wenige Projekte scheinen abgeschlossen, die Zukunftsprojekte haben sich nicht geändert, lediglich die Kosten haben sich flächendeckend erhöht.

Hier stellt sich uns die Frage, ob die Stadtwerke unter dem gleichen Problemen leiden wie die Stadt selbst – viel wird geplant, die Umsetzungen lassen sich jedoch aufgrund der fehlenden personellen Ressourcen nicht realisieren. Hier bitten wir um einen kleinen Bericht.

Wäre dies der Fall, würden wir uns fragen, ob das knappe Gut Personal nicht auch unter Priorisierung von Maßnahmen eingesetzt werden sollte. Unsere Priorität würde in diesem Fall nicht auf dem Betrieb einer eigenen Vertriebs-GmbH für Strom liegen, die seit Jahren im Ergebnis hinter ihren eigenen Erwartungen herhinkt, weil sie den Strom vor allem an die Stadt verkauft. Das dort gebundene Personal könnte eventuell an anderer Stelle der Stadt effizienter eingesetzt werden. Aber ich will ja nicht der Haushaltsreden für die kommenden Jahre vorgreifen. Daher sei an dieser Stelle nur gefragt, wie der Stand der Projekte der Stadtwerke ist und warum verzögert sich deren Umsetzung zeitlich?

Eine letzte kleine Stichelei kann ich mir in der diesjährigen Haushaltsrede nicht verkneifen: das Thema Gewerbesteuererhöhung. Die Gewerbesteuererhöhung wurde damit begründet, dass wir die Einnahmen der Stadt dauerhaft stabilisieren wollen. Durch die Gewerbesteuererhöhung haben wir nicht nur die Einnahmen stabilisiert, wir haben sie auf Rekordhöhen getrieben. Tendenz eher steigend. Die den Gewerbeunternehmen in Aussicht gestellten Verbesserungen können wir aber zeitnah nicht liefern. Um dennoch darzulegen, wie notwendig das Geld ist, werden jährlich Investitionen in den Haushalt eingestellt, die wir seit Jahren nicht erfüllen können. Jetzt werden diese Investitionen als eine Art „stille Reserve“ in die kommenden Jahre übertragen, ohne in den künftigen Finanzhaushalten ausgewiesen zu sein. Schließlich hatte

der Gemeinderat diese Gelder bereits in vorigen Jahren genehmigt.

Vor diesem Hintergrund stellt sich uns schon die Frage, ob die Erhöhung wirklich notwendig war, wenn wir die eingenommenen finanziellen Mittel gar nicht verwenden können und - im Gegenteil - für unseren Sparstrumpf künftig womöglich noch Negativzinsen zahlen müssen.

Wir werden daher ein genaues Auge darauf haben, wie sich die „Ermächtigungsüberträge“, also die nicht verwendeten Investitionsmittel, sich entwickeln. Und steigen diese Jahr für Jahr an, wird sich uns die Frage stellen, ob es nicht sinnvoller ist unsere Gewerbetreibenden künftig wieder entlasten sollten, damit diese die Mittel in ihre Betriebe investieren oder Eigenkapital aufbauen können.

„Ceterum censeo Carthaginem esse delendam“ - In der Zeit vor Beginn des Dritten Punischen Krieges beantragte Cato in jeder Sitzung des Römischen Senats die Zerstörung Karthagos. Dabei soll er alle seine Reden mit diesem Ausspruch beendet haben – und am Ende wurde Karthago zerstört. Wir sind nach wie vor für die Zusammenfassung der Verwaltung in einem Gebäude. Die notwendigen Investitionen können sich leicht über ein effizienteres Arbeiten der Verwaltung bezahlt machen. Die Bürgerinnen und Bürger würden in den Stadtteilen – soweit noch nicht digital möglich – in Bürgerbüros ihre Amtshandlungen vor Ort erledigen. Und darüber hinaus würden unsere Mitarbeiter so einen modernen und angemessenen Arbeitsplatz erhaben – was heute in der Stadt aufgrund der bestehenden Raumproblematik kaum möglich ist. Letztlich danke ich der Verwaltung jedoch für ihre Arbeit. Die rechtzeitige Vorlage des Haushalts mit all der Arbeit, die hier drin steckt, ermöglicht es uns am heutigen Tage überhaupt erst, Kritik und Anregungen an diesem zu üben. Ich möchte zudem bemerken, dass wir hier in der Stadt trotz mancher Reibereien doch ein sehr gutes und vertrauensvolles Miteinander haben. Dies gilt ausdrücklich für die Arbeit mit der Verwaltung, aber auch für die Arbeit im Gemeinderat, auch über Fraktionsgrenzen hinweg. Darauf sollten wir alle stolz sein. (*Judith Skudelny*)

Anträge der Fraktion LE Bürger/ FDP

- Einbringung des Haushalts LE erst nach der Einbringung des Kreishaushalts.
- Kurze Darstellung darüber, wie im regulären HH-Plan Ermächtigungsüberträge gebucht werden.
- Soweit nicht ohnehin schon so geplant sind die Ermächtigungsüberträge in die einzelnen Jahre aufzuteilen für welche sie getätigt werden. Mit dem Haushalt ist eine jährliche Übersicht der jeweiligen Ermächtigungsüberträge zu erstellen die die Überträge, die Projekte sowie deren jährlicher (finanzieller) Stand zu erstellen, damit hier abgelesen werden kann wie viel Verzug bei den Investitionen besteht.
- Die Sanierung und Instandhaltung der Schulgebäude und Kindergärten im Bauamt grundsätzlich zu priorisieren.

- Umsetzung des Durchbruchs in der Jungentoilette der Goldwiesenschule.

- Um über den Umfang der notwendigen Sanierungsmaßnahmen einen Konsens herzustellen fordern wir eine Kommission bestehend aus der Verwaltung, insbesondere dem Hochbauamt, Mitgliedern der Gemeinderatsfraktionen, Mitgliedern des Jugendrats zu bilden die unsere Schulen besichtigen und einen Bericht hierüber erstellen. Bei der Besichtigung der jeweiligen Schulden sollen darüber hinaus noch die Schulleitung und der Hausmeister der Schule die Situation aus ihrer Sicht schildern. Darstellung welche Mittel den Schulen zum Zweck der Digitalisierung zur Verfügung stehen. Soweit diese Mittel den Schulen im Rahmen eines Gesamtbudgets zur Verfügung gestellt werden bitten wir darzustellen, um wie viel dieses Budget zum Zweck der Digitalisierung erhöht wurde.

- Entwicklung einer Strategie zur Bürgerbeteiligung im Hinblick auf die Information und Animation von Bürgern bei der Entwicklung des Stadtteils Stetten als Blaupause weitere Projekte.

- Eine Darstellung warum in dem Haushalt der Stadtwerke die dargestellten notwendigen Investitionen (S. 508 bis 510 des Haushaltsentwurfs) nicht abgearbeitet werden können.

- Eine Erläuterung darüber, warum in dem Bereich der Investitionen bei den Glasfasernetzen die Summen deutlich gestiegen sind, die Erlöse in diesem Bereich jedoch vergleichsweise konstant bleiben.

- Eine Erläuterung darüber, wie der Ausbau des Glasfasernetzes in LE erfolgt. Bspw. werden in der Grundstraße in Stetten Leerrohre gelegt, aber keine Glasfaser installiert. Wann und unter welchen Voraussetzungen erfolgt das Verlegen der Leerrohre und das „einschießen“ der Glasfaser?

- Eine kurze Erläuterung inwieweit sich die Steigerungen der Umsätze beim Stromverkauf der Vertriebs-GmbH auf zunehmende Kundenzahlen zurückzuführen ist und inwieweit diese auf steigenden Stromkosten basiert und wie die Vertriebs-GmbH ihre künftige Marktposition im Strombereich (ohne die Stadt als Kunden zu berücksichtigen) sieht.

- Warum im Bereich des Stromvertriebs die Ergebnisplanzahlen für das Jahr 2018 unter den Ansatz für 2017 und unter den Ansatz für 2017 korrigiert werden müssen.

- Frage: Wo sind die Kosten der Sanierung/Neubau Kreuzung Hauptstraße/ Dieselstraße in Echterdingen enthalten?

- Wie ist der Stand der Homeoffice-Plätze in der Stadt? Wie viele Existieren, gibt es hier eine grundsätzliche Regelung der Stadt wann solche Homeofficearbeitsplätze ermöglicht werden?

Freunde der Filderpiraten e.V.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Klenk, Sehr geehrte Frau EBM Noller, sehr geehrter Herr BM Dr. Kalbfell, liebe Kolle-

ginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

Am Anfang meiner Rede möchte ich allen Ehrenamtlichen in Leinfelden-Echterdingen meinen Respekt, Dank und Anerkennung aussprechen, besonders herausheben möchte ich die Freiwillige Feuerwehr Leinfelden-Echterdingen.

Mehr Transparenz, Mitbestimmung und Demokratie ist das Ziel der Freunde der Filderpiraten. Das Ziel als Gemeinderäte von L-E muss es sein einen zukunftsorientierten, und langfristig ausgeglichenen Haushalt aufzustellen.

Die Stadtverwaltung hat momentan mehr Geld, als Sie ausgeben kann. Im Sommer haben alle Gemeinderäte durch die Presse erfahren, dass L-E Mehreinnahmen von 11 Mio hat. Trotzdem will und muss der Gemeinderat alle Planungen und Ausgaben sorgfältig planen und beschließen.

Die Freunde der Filderpiraten beantragen; bei einer Differenz des Haushaltsetats von 5 Millionen nach oben oder nach unten, muss der Gemeinderat sofort informiert werden, damit er mit einer kurzfristig angesetzten Klausurtagung (innerhalb von 2 Monaten) weitere Entwicklungen beschließen kann. Gestatten Sie mir eine Anmerkung zur Arbeit des Gemeinderates zu den Ausschüssen und der Unterausschüsse.

Als Einzelstadträtin möchte ich die Gemeinderatskolleginnen und -kollegen daran erinnern, dass es in L-E über 20 nichtöffentliche Ausschüsse gibt, deren Entscheidungen die Bürger von Leinfelden-Echterdingen nicht nachvollziehen können. Nichtöffentliche Entscheidungen können wichtig sein, wenn Sie dann über die Gemeinderatssitzungen öffentlich gemacht werden. Aber wenn ein nichtöffentliches Thema über ein Jahr nicht öffentlich bleibt, kann diese Gruppe eine eigene nichtöffentliche Gruppendynamik entwickeln, deren Sinn und Ziele nie die Öffentlichkeit erreichen werden. Die engagierte Bürgerschaft kennt die nichtöffentlichen Themen und Ziele des Gemeinderates nicht und kann solche Entscheidungen nicht nachvollziehen.

Bei den nichtöffentlichen Ausschüssen in Musberg und Stetten wurden zusätzlich noch engagierte Bürger dazu genommen. Jede nicht öffentliche Gruppe entwickelt eine Eigendynamik. Durch die Besetzungen der Fraktionen in diesen N.Ö Gremien, z.B. werden diese Gremien mit Musberger Stadträte beim Musberg-Ausschuß und Stettener Gemeinderäte in den Ausschuß Stetten delegiert. In jedem Ausschuß kann eine Gruppendynamische Entwicklungen entstehen, welche dann vom Gemeinderat nicht bestätigt werden und die betroffenen engagierten Bürger verstehen die Welt nicht mehr. Die beteiligten Fraktionen dürfen nichtöffentliche Informationen nicht öffentlich kommentieren, ich auch nicht. Die Bürger in den nÖ-Ausschüssen verstehen das nicht.

Ein weiteres Beispiel zum Thema Nicht öffentlich – öffentlich

Seit über einem Jahr wird die Unterkunft Karlsruher Str. 15-17 nicht öffentlich behandelt. Das ist das Zuhause des VKBI,

Verein Kultur Bildung und Integration in Echterdingen. Ein türkischer Verein den es seit über 10 Jahre gibt.

Die Mieter der Karlsruher Str. 15-17 wenden sich hilfeschend an mich, - und damit wird es öffentlich, - weil die Häuser bis zum Ende Jahres geschlossen werden sollen. Seit über 50 Jahren werden diese Räume der Karlsruher Str. 15-17 an Arbeiter vermietet. Diese Männer leben alleine und möchten weiterhin alleine wohnen, in kleinen und günstigen Zimmern für eine Person. Die Miete ist dem einfachern Standard der Wohnungen angepasst (5,90 Euro pro qm) und wird vom Jobcenter und vom Landratsamt Esslingen akzeptiert. Meine Frage: Wo und wie bringt die Stadt Leinfelden-Echterdingen die betroffenen 40 Männer zusätzlich unter?

Antrag zu diesem Thema: Die Untergremien oder Unterausschüsse (nichtöffentliche Gremien) sollten auf ihre Notwendigkeit überprüft werden, wenn diese weniger als ein mal im Jahr tagen. Es ist zu prüfen, ob diese Gremien aufgelöst werden und ggf. deren Aufgaben auf die beschließenden Ausschüsse zu verlagern sind. Dies ergibt Einsparungen, Informationen und Transparenz gemäß der Gemeindeordnung.

Bau von Sozialwohnungen

Die Bürger haben ein Recht auf Wohnen und auf bezahlbaren Wohnraum. Nach den Beschlüssen des Gemeinderates planen wir mehr Sozialen Wohnungsbau, auch für Anschlussunterbringungen. Da die Stadt ihre eigenen Flächen (Stuttgarter Str.) verbraucht hat oder durch den Kauf der Ulrichstr. von der Kreissparkasse in Musberg umsetzen müssen weitere Flächen erworben werden. Die Stadt Leinfelden-Echterdingen besitzt momentan leider keine freien Baugrundstücke. Sie hat es bis heute nicht geschafft von den Grundstücksbesitzenden Frauen und Männer die notwendigen Flächen der vorgeschlagenen Baugebiete zu erwerben. Somit kann Sozialer Wohnungsbau nicht umgesetzt werden. Leider haben wir hier einen Stillstand.

Der Wohnungsmarkt in L-E ist sehr angespannt. Wenn die Stadtverwaltung kein Bauland erwerben kann, muss der Gemeinderat diese Maßnahmen weiterentwickelt, wie z.B. über Sanierungsgebiete. Nach dem letzten Vortrag der Gesellschaft für Markt- und Absatzforschung (GMA) am 10.10.2017 gibt es zwei unterversorgte Standorte, das sind: ganz Oberaichen und Leinfelden-Süd-West und aber auch Teile von Musberg. Die Filderpiraten beantragen neue Sanierungsgebiete in dieser Reihenfolge, Oberaichen, Leinfelden-Süd-West und der nord-westliche Teil von Musberg, damit die Nahversorgung verbessert wird.

Stadtwerke Leinfelden-Echterdingen

Der Gemeinderat hat sich für den Ausbau von Glasfaser entschieden. Momentan in Neubaugebieten und neuen Gewerbegebiete. Wenn wir die Glasfasertechnologie weiter entwickeln wollen, müssen wir Prüfen in welchen Gebieten ein Glasfaser-

hausanschluss theoretisch durch Leerrohre möglich wäre. Ein Glasfaserhausanschluss bietet weit mehr Kommunikationsmöglichkeiten als das alte Kupferkabel. Meine Vorstellung über eine zukunftsorientierten Stadt Leinfelden-Echterdingen ist, dass wir **die Glasfaser** soweit ausbauen und damit als Standortvorteil Leinfelden-Echterdingen erkennbar sind.

Die Filderpiraten beantragen, dass öffentlichen Einrichtungen wie Rathäuser, Schulen etc. an das Glasfasernetz angeschlossen werden.

Ich beantrage für die Freunde der Filderpiraten, dass die Glasfasertechnologie auf Wohn- und Mischgebiete ausgeweitet wird. Die Stadtwerke sollen prüfen, 1. in welchen Wohn- oder Mischgebieten heute schon Leerrohre liegen und 2. wo es Glasfaser-Interessenten gibt. Diese Überprüfung kann mit den Sanierungsgebieten Nahversorgung verbunden sein.

Was heute höhere Investitionen sind, sind bei der Glasfaser - morgen weniger Ausgaben.

Für diese Investition in die Zukunft brauchen die Stadtwerke mehr Geld, die Freunde der Filderpiraten beantragen 4 Millionen als Zukunftsinvestition Glasfaser in Leinfelden-Echterdingen für die Stadtwerke.

Verkehrslärm und Lärminderung

Man wundert sich schon, wenn von heute auf morgen alles geht, was bisher strikt abgelehnt wurde. Beispiel in Leinfelden-Unteraichen auf der letzten Sitzung des techn. Ausschusses. Die meisten Straßen sollen als verkehrsberuhigte Zone ausgewiesen werden. Wenn das die Umsetzung des Mobilitätspaketes ist, dann sind wir begeistert und stimmen zu.

50, 40, 30 oder verkehrsberuhigte Zone? Es geht alles, dann bitte auch in Stetten, Musberg, Echterdingen, Leinfelden und Oberaichen, als Antrag der Freunde der Filderpiraten oder als Ergebnis des Mobilitätsprogrammes, Hauptsache es wird umgesetzt.

Verkehr in Unteraichen:

Die gefährlichste Kreuzung ist angeblich entschärft. Aber aus unserer Sicht wurde der Verkehr auf vier Kreuzungen verteilt. Der Verkehr hat nicht abgenommen. Unteraichen braucht dringend Entlastung an den Durchgangsstraßen.

Im Jahr 2009 wurde aus angeblich finanziellen Gründen die Nordspange (Rohrer Str. auf Maybach Str.) und ein Übergang vom Sanierungsgebiet Schelmenäckern auf den Neuen Markt gestrichen. Diese Entscheidung war falsch.

Die Freunde der Filderpiraten beantragen die Ermittlung der zusätzlichen Kosten, damit ein Steg von den Schelmenäckern auf den Neuen Markt umgesetzt werden kann. Die Freunde der Filderpiraten beantragen die Wiederaufnahme der Nordspange in die Planung und die Ermittlung der Kosten, damit nach Ende des Pachtvertrages „Schwabengarten“ mit dem Bau begonnen werden kann.

Die Freunde der Filderpiraten beantragen

eine verkehrsberuhigte Zone in Leinfelden für den Reuteweg, ab der Einfahrt des Wachtelweges bis zum Ende des Reuteweg. Lärm:

Lärm wird erst ab über Grenze von 60 dB als störend anerkannt. Nach einer DLR-Studie gibt es eine Aufwachreaktion bei ca. 33 dB. Alle Lärmquellen werden getrennt erfasst, errechnet und getrennt betrachtet. Also Autobahnärm, B 27, Fluglärm, der örtlicher Verkehrslärm, Bahnärm, Lärm von Sportstätten, der Industrie. Es gibt bis zum heutigen Tag keine Gesamtbetrachtung. Die Bürger haben ein Recht auf Lärminderung und Schlaf, denn Lärm macht krank. Wir beantragen, dass eine Gesamtlärbetrachtung von der Stadtverwaltung L-E unterstützt wird und mit den zuständigen Behörden die Betroffenheit der Bürger zu kommunizieren.

Kinderbetreuung:

Dazu gehört Kleinkindbetreuung, Kindergartenplätze und Kernzeitbetreuung. Die Kernzeitbetreuung an den Grundschulen muss planerisch auf 100% ausgeweitet werden. Wir beantragen ein Konzept, wie wir dieses Ziel erreichen können. Für mich als Filderpiratin wird die Kinderbetreuung langfristig durch die Kommune finanziert.

Bildungspolitik:

Die Filderpiraten unterstützen Gemeinschaftsschulen als Ganztageschulen. Diese müssen gemeinsam mit den Eltern und Lehrern und dem Träger weiterentwickelt werden. Denn Gemeinschaftsschule als Ganztageschule bietet auch Kindern in schwierigen Lebenssituationen bessere Chancen. Nachhilfeunterricht steht nicht auf dem Stundenplan, sondern das Lernen soll zum Erfolg führen. Da von den Eltern als Arbeitnehmer Flexibilität erwartet wird, darf ein Umzug für die Kinder nicht mit einer Wiederholung der Klasse enden. Lehrpläne müssen besser durch die Bundesregierung koordiniert werden.

Fahrradwege:

Die Filderpiraten unterstützen den Bau von Fahrradwege, auch die Räumung von Fahrradwegen im Winter, wenn in den Vorlagen der Stadtverwaltung auch ein Zeitansatz für den Bauhof (Arbeitszeit) beinhalten. Das nennen wir sorgfältige Arbeit.

An einem Samstag in Leinfelden Heiraten: ist sehr angestregend. Die steile Treppe, der enge Wochenmarkt vor dem Rathaus, fehlende Parkplätze, sind kein Event. Man kann keine Fotos vor dem Rathaus machen usw. Die Freunde der Filderpiraten beantragen den Wochenmarkt in Leinfelden auf den Neuen Markt zu verlegen. Damit wäre auch der unterversorgte Südwesten von Leinfelden näher an den Geschäften und am Wochenmarkt.

Leinfelden-Echterdingen braucht mindestens ein behindertengerechtes Standesamt. Es wäre schön, wenn auch das Ordnungsamt ebenerdig erreichbar wäre. Die Filderpiraten beantragen die Wiederaufnahme der Planung aus dem Jahr 2002/2003 (also Schubladen auf) am Bahnhof in Leinfelden über den S-Bahngleisen, unter Einbeziehung der geplanten Schallschutzwände auf dem

P&R Parkplatz ein neue Rathaus Leinfelden zu planen und dort z.B. das Ordnungsamt, das Standesamt und Weites unterzubringen. Im Rathaus wird gearbeitet und nicht geschlafen. Als Ersatz für die P&R Parkplätze soll ein Parkhaus über den Schienen in Leinfelden geplant werden.

Nach neuesten Informationen von Betriebsräten der SSB ist es jetzt, ganz neu, möglich, die U5 im 10 Minuten Takt nach Leinfelden weiter fahren zu lassen. Für die zusätzlich geplanten Arbeitsplätze in Unteraichen und Leinfelden wäre das hervorragend. Ich beantrage für die Freunde der Filderpiraten den 10 Minutentakt der U 5 sofort mit der SSB auszuhandeln, damit Leinfelden und später auch bis Echterdingen im 10 Minutentakt erreicht werden. Diese Planung kostet Geld, den zusätzlichen Betrag kenne ich heute noch nicht. Die neuen Arbeitsplätze von Daimler in Unteraichen und Bosch in Leinfelden könnten mit einer verbesserten U-Bahn fahren. Die pünktlichste Bahn in unserer Stadt ist die U 5.

ÖPNV:

Die Filderpiraten beantragen ein vergünstigtes Sozial-Ticket (1 Euro) zur Nutzung der Öffentlichen Verkehrsmittel innerhalb von Leinfelden-Echterdingen für alle Bürger die Wohngeld, HartzIV oder sonstige monatlichen Zuschüsse erhalten. Diesen Antrag stellt auch „Die Linke“ im Kreistagshaushalt. Beispielsweise haben der Kreis Göppingen und die Stadt Heilbronn ein Sozial-Ticket, die Stadt Stuttgart hat vergleichsweise die Bonus-Card.

Meine Standortvorteile für Leinfelden-Echterdingen sind: Glasfaser und Kinderbetreuung.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. (Claudia Moosmann)

Zusammenfassung der Anträge:

Die Freunde der Filderpiraten beantragen; bei einer Differenz des Haushaltsetats von 5 Millionen nach oben oder nach unten muss der Gemeinderat sofort informiert werden, damit er mit einer kurzfristig angesetzten Klausurtagung (innerhalb von 2 Monaten) weitere Entwicklungen beschließen kann.

Die Untergremien oder Unterausschüsse (nichtöffentliche Gremien) sollten auf ihre Notwendigkeit überprüft werden, wenn diese weniger als ein mal im Jahr tagen. Es ist zu prüfen, ob diese Gremien aufgelöst werden und oder ggf. deren Aufgaben auf die beschließenden Ausschüsse zu verlagern sind. Dies ergibt Einsparungen, Informationen und Transparenz gemäß der Gemeindeordnung.

Die Filderpiraten beantragen neue Sanierungsgebiete in dieser Reihenfolge, Oberaichen, Leinfelden-Süd-West und der nordwestliche Teil von Musberg, damit die Nahversorgung verbessert wird.

Die Filderpiraten beantragen, dass öffentlichen Einrichtungen wie Rathäuser, Schulen etc. an das Glasfasernetz angeschlossen werden.

Ich beantrage für die Freunde der Filderpiraten, dass die Glasfasertechnologie auf Wohn- und Mischgebiete ausgeweitet wird.

Die Stadtwerke sollen prüfen, 1. in welchen Wohn- oder Mischgebieten heute schon Leerrohre liegen und 2. wo es Interessenten gibt.

Für diese Investition in die Zukunft brauchen die Stadtwerke mehr Geld, die Freunde der Filderpiraten beantragen 4 Millionen als Zukunftsinvestition Glasfaser in Leinfelden-Echterdingen für die Stadtwerke.

50, 40, 30 oder verkehrsberuhigte Zone? Es geht alles, dann bitte sofort auch in Stetten, Musberg, Echterdingen, Leinfelden und Oberaichen, als Antrag der Freunde der Filderpiraten oder als Ergebnis des Mobilitätspakets.

Die Freunde der Filderpiraten beantragen einen Steg von den Schelmenäckern auf den Neuen Markt, Planung und die Ermittlung der zusätzlichen Kosten.

Die Freunde der Filderpiraten beantragen die Wiederaufnahme der Nordspange in die Planung, damit nach Ende des Pachtvertrages „Schwabengarten“ sofort mit dem Bau begonnen werden kann.

Die Freunde der Filderpiraten beantragen eine verkehrsberuhigte Zone in Leinfelden für den Reuteweg, ab der Einfahrt des Wachtelweges bis zum Ende des Reuteweg. Fahrradwege: Die Filderpiraten unterstützen den Ausbau der Fahrradwege, auch die Räumung von Fahrradwegen im Winter, wenn in den Vorlagen der Stadtverwaltung auch ein Zeitansatz für den Bauhof (Arbeitszeit) beinhaltet ist. Das nennen wir sorgfältige Arbeit.

An einem Samstag in Leinfelden Heiraten in ist angestregend. Die steile Treppe vor dem Rathaus, der enge Wochenmarkt vor dem Rathaus, fehlende Parkplätze sind wirklich kein Event. Man kann keine Fotos vor dem Standesamt machen usw. Die Freunde der Filderpiraten beantragen den Wochenmarkt in Leinfelden auf den Neuen Markt zu verlegen. Damit wäre auch der unterversorgte Südwesten von Leinfelden näher an den Geschäften und am Wochenmarkt

Leinfelden-Echterdingen braucht mindestens ein behindertengerechtes Standesamt. Es wäre schön wenn auch das Ordnungsamt ebenerdig wäre. Wir beantragen die Wiederaufnahme der Planung aus dem Jahr 2002/2003 am Bahnhof in Leinfelden über den S-Bahngleisen unter Einbeziehung der Schallschutzwände auf dem P&R Parkplatz ein neue Rathaus Leinfelden zu planen und dort z.B. das Ordnungsamt und weites unterzubringen. Im Rathaus wird gearbeitet und nicht geschlafen. Als Ersatz für die P&R Parkplätze soll ein Parkhaus über den Schienen geplant werden.

Nach neuesten Informationen von Betriebsräten der SSB ist es jetzt, ganz neu, möglich, die U5 im 10 Minuten Takt nach Leinfelden weiter fahren zu lassen. Für die zusätzlich geplanten Arbeitsplätze in Unteraichen und Leinfelden wäre das hervorragend. Ich beantrage für die Freunde der Filderpiraten den 10 Minutentakt der U 5 sofort mit der SSB auszuhandeln, damit Leinfelden und später auch Echterdingen im 10 Minutentakt erreicht werden. Diese Planung kostet Geld, den zusätzlichen Betrag kenne ich

heute noch nicht. Die neuen Arbeitsplätze von Daimler in Unteraichen und Bosch in Leinfelden könnten mit einer verbesserten U-Bahn fahren. Die pünktlichste Bahn in unserer Stadt ist die U 5.

ÖPNV: Die Filderpiraten beantragen ein vergünstigtes Sozial-Ticket (1 Euro) zur Nutzung der Öffentlichen Verkehrsmittel innerhalb von Leinfelden-Echterdingen für alle Bürger die Wohngeld, HartzIV oder sonstige monatlichen Zuschüsse erhalten. Diesen Antrag stellt auch „Die Linke“ im Kreistagshaushalt. Beispielsweise haben der Kreis Göppingen und die Stadt Heilbronn ein Sozial-Ticket, die Stadt Stuttgart hat vergleichsweise die Bonus-Card.

Wochenmärkte hier in L-E

Tradition schmeckt regional

Auf den drei Wochenmärkten in Leinfelden-Echterdingen überzeugen Qualität und Frische den Gaumen ihrer Besucher. Werden Sie ein Teil dieser langjährigen Tradition und erfahren Sie den Geschmack unserer Region.

Leinfelden	Musberg
Marktplatz vor dem Rathaus in Leinfelden	Kirchplatz Verkaufsstellen:
Verkaufszeiten:	Freitag
Mittwoch und Samstag 7.00 - 12.00 Uhr	14.00 - 18.00 Uhr

Echterdingen
Kirchplatz
Verkaufszeiten:
Mittwoch und Samstag
7.00 - 12.00 Uhr





Leinfelden-Echterdingen
Die schönste Seite der Filder.